

# Correspondent

Erscheint  
Freitag, Donnerstag,  
Sonntag.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 23. Juni 1896.

N<sup>o</sup> 70.

### An die deutschen Buchdruckergehilfen!

Zum zweitenmale sehen wir uns gezwungen, die Kollegenschaft über die Notwendigkeit unsers Handelns aufzuklären, und zwar in erster Linie über unsre Teilnahme an der Sitzung des Tarif-Ausschusses in Berlin am 17. und 18. Juni. Daß wir gewillt waren, dem Wunsch eines Teiles der Kollegen Rechnung zu tragen, geht aus der Thatsache hervor, daß die Gehilfenvertreter an die in Frage kommenden Prinzipale einen Antrag stellten, wonach die Sitzung des Tarif-Ausschusses bis auf weiteres vertagt werden sollte. Diesem Antrage wurde prinzipalseitig nicht stattgegeben und betont, daß bei einem Nichterscheinen der Gehilfenvertreter weder an die Einführung des Tarifs am 1. Juli noch an eine Verbehaftung der materiellen Zugeständnisse gedacht werden könne. Wir sind nun in der Lage, der Kollegenschaft mitteilen zu können, daß gemäß den Beschlüssen obiger Sitzung der neu vereinbarte Tarif am 1. Juli d. J. zur Einführung gelangt und daß seitens des Tarif-Ausschusses die weitgehendsten Schritte gethan werden, um schon in nächster Zukunft die Vorteile des Tarifs der großen Masse der Kollegen zugänglich zu machen. Die in so weitem Maß in der Gegenagitation als verwerflich und die Interessen der Kollegenschaft schädigend bezeichneten Institutionen des Tarifamtes, einer Tarifkassse, der Schiedsgerichte und der Arbeitsnachweise sind zurückgestellt, und z. B. die Tarif- resp. „Unternehmerkassse“, wie man das Aushängeschild für lichtscheue Pläne gewisslos zu bezeichnen für notwendig fand, ist definitiv beseitigt, wie ja auch schon von vornherein eine solche zu schaffen weder in der Absicht noch in dem Willen der Gehilfenvertreter gelegen hat.

Wir fordern die Kollegenschaft auf, zu ihrem Teile für den neuen Tarif einzutreten und nicht in thörichter Verblendung eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage abzulehnen, wie es der Fall sein würde, wenn dies auf der Grundlage der gemeinen Verdächtigungen geschähe, die Herr Gajch gegen uns zu richten für erprießlich hielt, wodurch es ihm leider gelungen ist, unter dem Deckmantel der modernen Arbeiterbewegung eine Zerspaltung in unseren Reihen hervorzurufen.

Kollegen! Wir verschmähen es, angesichts der Ueberzeugung, jederzeit für eure wirtschaftliche Besserstellung unter Wahrung eurer und unsrer Ehre eingetreten zu sein, mit Mitteln dieselbe zu verteidigen, wie sie von gewisser Seite mangels ehrlicher Beweggründe beliebt werden. Wir werden aber in vollem Lichte der Deffentlichkeit und unter Darlegung der maßgebenden Gründe euer Urteil anrufen, und die Kollegenschaft wird dann zu entscheiden haben, ob mit Vernunftgründen oder mit solchen persönlicher Natur diejenigen Momente verteidigt werden müssen, welche maßgebend für unsre Thätigkeit und unser Verhalten waren.

### Die Gehilfenvertreter:

H. Bettenworth. C. Dominé. L. G. Giesecke. Gg. Klapproth. Karl Knie. Alb. Käß. L. Kexhäuser. G. Schlag.

### Protokoll

der Verhandlungen des Tarif-Ausschusses am 17. Juni in Berlin in Webers Theater-Restaurant.

Anwesend:  
die Herren Prinzipale: bez. Gehilfenvertreter:  
Kamm, als derzeitiger Vorsitzender, Klapproth,  
Kreis I Schlüter, Bettenworth,  
" II Sehl, Dominé,  
" III Mahlau, Knie,  
" IV Pfeiffer, Kexhäuser,  
" V Huber, Käß,  
" VI Matthäei, Sehl,  
" VII Bär, Giesecke,  
" VIII Bügenstein, Schlag,  
" IX Friedrich, Schlag,

vom Deutschen Buchdrucker-Verein: Baensch, Kraß, vom Verband d. Deutschen Buchdr.: Döblin, Eißler, letztere als Gäste; später Herr Bernstein, ebenfalls als Gast.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Bei Eintritt in die Verhandlungen bemerkt Prinzipalvertreter Bügenstein-Berlin, daß vom Kreis II (Rheinland-Westfalen) ein Vertreter von Prinzipalseite nicht erschienen ist. Bezüglich des Kreises VII wird festgestellt, daß durch ein Versehen der Gehilfenvertreter dieses Kreises zu der heute stattfindenden Sitzung des Tarif-Ausschusses nicht noch besonders eingeladen wurde, und die Versammlung beschließt nach längerem Ausdeinandersetzungen, daß Herr Gajch schleunigst telegraphisch einzuladen sei, und erläßt der Vorsitzende an denselben folgendes Telegramm:  
Dringend. Rp.

„Bei Eröffnung der Tarif-Ausschusssitzung um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr stellt es sich heraus, daß durch ein Versehen Ihnen als stellvertretendem Mitgliede für den Kreis VII ohne Einladung nicht zugegangen ist. Infolgedessen vertage ich die Sitzung auf morgen früh 9 Uhr. Lokal: Webers Theater-Restaurant, Berlin, Charlottenstraße 58. Ich lade Sie zu derselben hierdurch ein. Sofortige Antwort, ob Sie kommen, wäre mir angenehm.“  
Kamm.

Redakteur Gajch, Webers Hotel, Charlottenstraße.  
Leipzig, Seeburgstr. 3/5.  
4<sup>00</sup> Minuten.

Es wird nunmehr folgender Beschluß einstimmig angenommen.

„Die Versammlung wird bis auf morgen früh 9 Uhr vertagt. Der Herr Vorsitzende wird ermächtigt, falls er etwa ablehnende Antwort erhalten sollte, die Herren heute noch zu einer Sitzung erscheinenden Zeit zu einer Sitzung einzuberufen. Die Herren werden zu diesem Zwecke hinterlassen, wo sie zu erreichen sind.“  
Da die Konstituierung nun heute nicht vorgenommen werden kann, ernannt die Versammlung zu Protokollführern die Herren Bügenstein und Kexhäuser, und wird das Protokoll verlesen und genehmigt.  
Schluß der Sitzung 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

### Protokoll

über die Sitzung des Tarif-Ausschusses am 18. Juni in Berlin in Webers Theater-Restaurant.

Anwesend:  
die Herren Prinzipale: bezw. Gehilfenvertreter:  
Kamm, als derzeitiger Vorsitzender.  
Kreis I Schlüter, Klapproth,  
" II Sehl, Bettenworth,  
" III Mahlau, Dominé,  
" IV Pfeiffer, Knie,  
" V Huber, Kexhäuser,  
" VI Matthäei, Käß,  
" VII Bär, Sehl,  
" VIII Bügenstein, Giesecke,  
" IX Friedrich, Schlag,  
vom Deutschen Buchdrucker-Verein: Baensch, Kraß, vom Verbands der Deutschen Buchdrucker: Döblin, Eißler, letztere als Gäste.

Zu Protokollführern werden die Herren Mahlau und Kexhäuser ernannt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr und stellt fest, daß zur Zeit eine Antwort von Herrn Gajch auf das gestern an ihn gerichtete Telegramm noch nicht vorliegt.

Es wird in die Beratung über die Wahl des Vorortes eingetreten und ein Antrag des Herrn Bügenstein zur Verlesung gebracht:

„Bis die sämtlichen Kreise ordnungsmäßig vertreten sind, die Wahl des definitiven Vorortes und damit des Tarifamtes auszufragen, heute je einen Prinzipal und Gehilfen zu wählen und diese bis zur Wahl

des Tarifamtes mit Wahrnehmung der Geschäfte des letzteren zu betrauen. Die beiden Herren sollen das Recht haben, ihre Stellvertreter mit hinzuzuziehen und sich auch noch je einen Herrn zu kooptieren. Die Wahl soll spätestens im September erfolgen, zu welcher Zeit die nächste Sitzung des Tarif-Ausschusses stattfinden soll.“  
Bügenstein.

Es entspinnt sich eine zweistündige lebhafteste Debatte hierüber.

Die Abstimmung ergibt, daß der Antrag Bügenstein mit allen gegen eine Stimme (Prinzipal) angenommen wird.

Während der obigen Verhandlungen trifft ein Telegramm des Herrn Gajch mit folgendem Wortlaut ein: Buchdruckerbesitzer Kamm, Berlin, Webers Theater-Restaurant, Charlottenstraße.

Gemäß Beschlüssen meiner Wählerkassse, deren Aufträgen entgegen letzte Abmachungen getreuen wurden, bleibe Sitzung fern. Protest einlegend, daß gegen Willen der Gehilfen beabsichtigte Dauer und Kündigung des Tarifs sowie Tariforgantisation aufrecht zu halten versucht werden. Gajch.

Es werden als provisorische Vorsitzende Herr Bügenstein und Herr Giesecke einstimmig gewählt. Beide Herren nehmen an.

Herr Bügenstein bittet um Vorschläge, in welchem Sinne die Geschäfte des Tarifamtes geführt werden sollen.

Herr Klapproth schlägt vor, daß die Kosten der provisorischen Geschäftsführung vom Verband und vom Buchdrucker-Verein aufgebracht werden.

Herr Giesecke ist dagegen und will die Kreisausschüsse dazu herangezogen wissen.

Herr Bügenstein verlangt, daß die anwesenden Gehilfen- und Prinzipalvertreter je zur Hälfte für die Aufbringung der Kosten sich solidarisich verpflichten.

Herr Kamm legt den Vorsitz nieder, welchen Herr Bügenstein auf Wunsch des Herrn Giesecke übernimmt. Derselbe ersucht die Versammlung, Herrn Kamm den Dank der Versammlung für die provisorische Leitung der Verhandlungen abzusatteln. Nachdem dies geschehen, bittet er Herrn Kamm, an den Verhandlungen weiter teilnehmen zu wollen.

Auf Vorschlag der Herren Giesecke und Bügenstein wird der Erlaß eines Zirkulars beschlossen, welches die Einführung des Tarifs zum 1. Juli bekannt gibt und die Unterchrift sämtlicher anwesenden Tarif-Ausschussmitglieder trägt.

Des großen Stoffandranges wegen erscheint morgen Mittwoch den 24. Juni.

Bezüglich der Tarif-Schiedsgerichte wird beschlossen, von der Errichtung derselben abzusehen, bis sich die Wahrung des § 47 erwiesen hat. Das Gleiche wird wegen der Arbeitsnachweise — § 48 — beschlossen.

Die Wahl der zweiten Gehilfen-Stellvertreter soll in sämtlichen Kreisen durch die Gehilfenmitglieder des Tarif-Ausschusses eingeleitet werden. Für Leipzig ist ein Mitglied und der zweite Stellvertreter zu wählen, welche Wahl von Herrn Giesche als Gehilfenvorsitzenden bis spätestens im Laufe des Monats Juli einzuleiten ist.

Die Auslösung der nach Jahresfrist auszuführenden Mitglieder des Tarif-Ausschusses soll vertagt werden.

Als Ort der nächsten Tarif-Ausschusssammlung wird Berlin gewählt.

Ueber die Frage, wer zu den Verhandlungen des Tarif-Ausschusses zuzuziehen sei, entspinnt sich eine längere Diskussion, und wird beschlossen, dies von Fall zu Fall dem Ausschusse zu überlassen; für die demnächstige Versammlung sollen jedoch die Vertreter der bestehenden Organisationen zugezogen werden und soll es den Teilnehmenden gestattet werden, an den Beratungen sich zu beteiligen.

Die Protokolle werden vorgelesen, revidiert und genehmigt.

Es werden vom Tarife 50000 Exemplare in Buchform, 5000 Exemplare in Plakatform gedruckt.

Vorstehendes Protokoll wurde verlesen und genehmigt und die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Mahlan. Hünemann.  
K. Kerschauer. K. H. Giesche.

## Zur Wahl.

Es ist eine unnatürliche und in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende Erscheinung, daß die erorenen Vertreter der Arbeiter strikte gegen den Willen ihrer Mandatgeber handeln und hinterher ihrer Handlungsweise noch einen Schein des „Richts“ zu geben versuchen, wie wir Buchdrucker dieses Unnatürliche leider zum Schaden unserer Organisation erleben müssen. Ich weiß eigentlich nicht recht, wen ich am meisten bedauern soll, die Wähler oder die Gewählten, denn unter letzteren befinden sich wohlthätigende Namen, die früher für die Allgemeinheit viele persönliche Opfer gebracht, von denen man aber heute sagen muß: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe!“ Für mich handelt es sich im gegenwärtigen häuslichen Streit nicht um das Paroli „Döblin contra Giesche“, sondern lediglich um die Ursache des Zwistes: haben die Vertreter und Sachwalter der deutschen Buchdrucker nach dem ausdrücklichen Willen ihrer Auftraggeber gehandelt? Und diese Frage muß entschieden mit Nein beantwortet werden. Es wäre zwecklos, alle Wäfen der jetzigen Bewegung noch zu wiederholen, denn der Haum des Corv. ist ohnehin schon zu beschränkt. Aber es muß historisch festgelegt werden, daß, als der Kommandant zum Auffstand an die Kollegenchaft erging und diese innerhalb acht Tagen in musterzügiger Kampfbereitschaft bestand — wie es leider andere Berufsstände nicht vermögen —, sie gleichzeitig in allen Gauen den festen Willen ausdrückten und ihren gewählten Vertretern mit auf den Weg gab: Verhandeln könnt Ihr, aber nur auf Grundlage der neunhündigen Arbeitszeit! Auch ich habe von Anfang an diese Ansicht vertreten, weil ich mir konsequenterweise sagte, unter dem Preis, für den wir bereits gekämpft und geblutet, noch zu kämpfen, ist unpraktisch und unser unwürdig. Und jetzt erst nach den vielseitigen „Enttäillungen“ begreife ich, wie unser Gauvorsitzer Herr Rosenlechner sich in Oldenburg so mit Händen und Füßen gegen eine diesbezügliche Resolution von mir sträubte. Einige Tage darauf hatte ich dann die Bemuthung zu lesen, daß die Kollegen fast aller Orte mit mir übereinstimmen. Ich will nun den Gehilfenvertretern keinen Vorwurf machen, daß sie in Leipzig ihre Pflicht nicht gethan, denn es liegt in der Natur der Sache, daß die Prinzipale sich gegen Zugeständnisse so lange und fest sträuben wie nur irgend möglich. Als aber der Neunhunderttag nicht zu erreichen war, da hatten unsere Vertreter die Pflicht, ihre Mandatgeber um weitere Schritte zu befragen, statt über deren Köpfe hinweg sich mit Brosamen zu begnügen, die die Empfänger nicht befriedigen konnten. Von diesem Zeitpunkt an datiert auch die Unzufriedenheit der Kollegenchaft! Und hier bezieht auch die tonangebende Leipziger Versammlung einen großen taktischen Fehler, weil sie die dargebotenen Brocken nicht rundweg ablehnte, wie ich bestimmt erwartet hatte. Unter welchen unheilvollen Einflüssen dies geschah, kann ich leider nicht beurteilen. Wir müssen nun — und das Arsenal der Geheimtrümelei scheint ja noch manches zu bergen —, daß der Zentralvorstand eine Bewegung in Szene setzte mit dem ausdrücklichen Willen, daß es zum Kampfe nicht kommen dürfe. Jeder einsichtige Mensch wird mir bestimmen, wenn ich sage, daß solche Taktik ein frivolales Spiel ist, eine disziplinierte Organisation zum Kampf aufzufordern und direkt vor dem Kampf einen kalten Wasserstrahl in die mutigen Scharen zu senden! Traurig ist es ja, daß die Buchdrucker noch Vertreter entsenden, die einem Wiener — und der Name sagt alles — noch irgend welchen Dank abzustatten vermögen (hoffentlich halten sich die Hannoverischen Kollegen in Zukunft solche „Vertreter“ vom Halbe), aber unerträglich ist es, wie die gesamten Gauvorsitzer und Tarifherater sich vom Vorstand so weit konnten beeinflussen

lassen, daß sie geneigt wurden, die Kollegenchaft im Sad zu verkaufen und gegen deren Willen fünf Jahre zu fesseln. Ich glaube, es wird wenige Mitglieder geben, die nicht zornbebeden und mit geballter Faust dem Komödientenspiel folgten und nur den gegebenen Moment abwarteten, um ihren Unmut zu dokumentieren, der auf höchste Sieg, als Gehilfenvorstand und Vertreter sich bestimmen ließen, den Prinzipalen zuliebe ihren eigenen Redakteur zu verlungern. Wahrlich, ein unvergleichlich starkes Stück! Wenn Herr Döblin nun etwa glaubte, diese unheimliche Ruhe im Gehilfenlager als Zustimmung für seine und seiner Getreuen Sache ansehen zu dürfen so irrite er sich gewaltig. Die übergroße Mehrheit unserer Mitglieder hat aus der Vergangenheit gelernt, sie will keine Fesseln der Tarifgemeinschaft, sie will frei sein zum Handeln zu ihr gelegener Zeit! Und wenn Herr Döblin dies noch nicht einsieht und die zahllosen Proteste er gegen seine Diplomatie wirklich für solche Menschen hält, wie er sie schimpflicher Weise genannt hat, dann würde ich mich an seiner Stelle schämen, Vorsteher einer solch geistlosen Gesellschaft zu sein! Auch läßt sich die einsichtige Kollegenchaft nicht fördern durch momentane geringe Vorteile. Auch die Bant-Wilhelmshafener Mitgliederchaft hat durch die Berliner Abmachungen einen erhöhten Lokalzuschlag „errungen“. Wir lassen uns deshalb noch lange nicht gleich einem bißigen Hunde durch einen fetten Brocken den Mund stopfen, um darüber das Wohl der Allgemeinheit aus dem Auge zu verlieren, sondern wir haben einfach die Konsequenz gezogen.

Ueber den persönlichen Streit Döblin contra Giesche will ich mich jetzt nicht auslassen. Aber eins steht fest: hätte Kollege Giesche sich keine anderen Verdienste erworben, so müßte ihm die gesamte deutsche Kollegenchaft dankbar sein, daß er noch rechtzeitig den geplanten Schwindel aufdeckte. Daß er es nicht früher that, darüber wird er hoffentlich die bevorstehende Generalversammlung nicht im Dunkeln lassen. Und diese wird auch zeigen müssen, wer im Staate regieren, wessen Wille maßgebend sein soll, der der Mitglieder oder der beauftragten Vereinsbeamten. Auffallend bei dem gegenwärtigen Streit ist es, daß wieder verschiedene „Strömungen“ innerhalb des Verbandes auf den Plan geführt werden, die meines Erachtens nur dazu dienen sollen, Pläne zu verbeden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Mit dem Wort „moderne Arbeiterbewegung“ wird einfach grober Unfug getrieben und es ist ebenso lächerlich, innerhalb der ehrlich vorwärtsstrebenden Kollegenchaft von einem Radikalismus zu reden, als wenn Döblin sich hinstellt und eine auf Jahre hinaus festzulegende Tarifgemeinschaft mit dem Programm der politischen Partei zu rechtfertigen sucht! Wer sich hier und da zeigende fogen. Radikalismus, der mit Phrasen um sich wirft, ist erzeaktionär, und muß ebenso bekämpft werden wie die Harmoniebücherei gewisser rückständiger Leute: der Unterschied ist nur der, daß die letztere gefährlicher ist. Für mich gibt es im Verein nur eine Strömung und die teile ich mit der Mehrheit der Mitglieder: Erkennung und Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und demgemäßes freies Handeln zur Erringung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen. Wer danach handelt, der fördert die Interessen der Berufsgenossen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung! Daß Herr Döblin diesen Standpunkt nicht teilt, ist mir noch nie zweifelhaft gewesen, und auch das Menetekel der in seiner Nähe ausgestellten neuesten Sejmashine scheint seine Wirkung auf ihn zu verhehlen. Es scheint ihn zu sehr zu kränken, von den Prinzipalen als Sozialistenhäuptling angesehen zu werden, weshalb er auch bei jeder Gelegenheit Verwahrung dagegen einlegt, wenn die Parteipresse sich in unsere Angelegenheiten mischt. Ich weiß, daß die Broschüre des Kollegen Giesche für gewisse Leute wieder ein gefundenes Futtel war. Aber weiß denn Herr Döblin noch immer nicht, daß die Unternehmer — und nicht in letzter Linie die Buchdruckerunternehmer — schon längst darauf bedacht sind, bei der ersten besten Gelegenheit den Arbeitern ihr wichtigstes Recht zu entreißen? Da ist es jedenfalls Pflicht der Parteipresse, bei verdächtigen Erscheinungen die Arbeiterschaft zu warnen. Und neben der Parteipresse sollen vor allem auch die Verbandsvorstände Hüter und Wächter sein! — Es liegt nun an uns, in der gegenwärtigen Krisis verständnisvoll, aber energisch den Willen der Mitglieder zu dokumentieren, und wer den nicht ausführen will, der möge den Tempel verlassen. Dann wird an unserm Verband, der schon so manchen Schlag pariert, auch der innere Zwist spurlos vorübergehen.

Bant-Wilhelmshaven.

S. Diermann.

## Disziplin.

Wenn Geschichtsschreiber späterer Generationen die deutschen Gewerkschaften am Ende des 19. Jahrhunderts Revue passieren lassen, und mitten in dem erbitterten Kampfe zwischen Kapital und Arbeit die führende stärkste Organisation an der Arbeit finden werden, den Mitgliedern allgemeine Harmoniebücherei zu predigen und mit ihren wirtschaftlichen Gegnern durch Dick und Dünn gehen sehen, da wird wohl den Zukunftsmenschen der Gedanke kommen: wie wenig mußten die Buchdruckergehilfen zu damaliger Zeit ihre Klassenlage begriffen haben! Denn so viel steht für jeden denkenden Kollegen fest, daß wir dank der Energielosigkeit unsers Zentralvorstandes sowie der Gehilfenvertreter in eine Sackgasse geraten sind, wie kein ähnlicher zweiter Fall in der Gewerkschaftsgeschichte bezeichnet werden kann. Ja, ja, das

ist unseren Spitzen entschieden zum Vorwurf zu machen, daß sie es nicht verstanden haben, den Kitt, der bis jetzt unsre Organisation zusammenhielt, zu erhalten.

Wenn eine Anzahl Leute sich vereinigt und gemeinsam das zu erreichen sucht, was dem einzelnen nicht möglich, so muß unter der Truppe, wenn sie zum Ziele gelangen will, ein einheitlicher Wille herrschen, d. h. es ist vor allem die Disziplin nötig, um sie zusammenzuführen. Hauptächlich weil in der letzten Zeit viel von diesem Worte gesprochen wurde, verlohnt es sich, über diesen Begriff etwas näher einzugehen.

Es gibt zweierlei Arten von Disziplin. Die eine besteht in der Unterordnung des Ganzen unter den Willen des Führers. Wir finden diese Art Disziplin bei den stehenden Heeren sämtlicher Militärstaaten Europas, ferner bei den Völkern mit despotischer Regierung. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns, wie argenehm es sich mit dieser Art Disziplin regieren läßt, wie recht unangenehm es aber für die Masse ist. Die Menschen sind unter einem solchen Regime jeder selbstständigen Handlung beraubt. Das Bildungsniveau findet man stets sehr herabgedrückt, was zur Folge hat, daß die Leute zu willenlosen Werkzeugen ihrer Führer, Präsidenten, Dynastien usw. werden.

Thatsächlich finden wir auch, in all den Vereinen, Gesellschaften oder Staaten, in denen „das Volk mir to seggen“ hat, man braucht nur auf Rußland hinzuweisen, den schlimmsten Teufelstand in geistiger, sittlicher und moralischer Beziehung.

Darum ist wohl auch dem Gros der Kollegenchaft klar, daß wir diese Art Disziplin in unsrer Organisation nicht gebrauchen können.

Ganz anders verhält sich die Sache unter dem Prinzip der Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Gesamtheit. Seit dem Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft machte sich zuerst unter dem intelligenteren Teile der arbeitenden Klasse die Idee der Gleichberechtigung geltend; zwar langsam, aber sicher wuchs das Häufchen derjenigen, welche bestrebt sind, aus den früheren willenlosen Werkzeugen der Machthaber wirklich denkende Menschen zu erzeugen.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte waren das Haupttriebkrad, welches die Arbeiter anspornte, ihr Wissen und Können zu vervollkommen, um den Kampf ums Dasein mit Erfolg bestehen zu können. Aus der Geschichte ersehen wir, wie verschiedene Staaten gezwungen wurden, ihren Untertanen die Teilnahme an der Gesetzgebung zu gestatten. Es ist dies die Uebergangszeit von der alten zur neuen Disziplin, jenes Frühen der damals unbeschränkt Herrschenden unter den Heuten der öffentlichen Meinung. Um Anspürde bilden mit der bestehenden Verwaltung zu vermeiden, wird es auch in Zukunft nötig sein, den Willen der Mehrheit zu respektieren. Am allernotwendigsten ist dies aber bei den Vereinigungen, die ihre Ideale nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft haben, besonders bei solchen, die den Zweck haben, das leibliche und geistige Wohl ihrer Mitglieder zu fördern, also den Gewerkschaften.

Wollen diese zum Ziele gelangen, also ernstlich ihren Gegnern Stück für Stück Terrain entreißen, bis alle Menschen ein einzig Volk von Brüdern sind, dann muß auch der Wille der Mehrheit oberstes Gesetz sein. Aber leiber haben sich der Vorstand und die Gehilfenvertreter nicht gefügt, sie, als die Elite der Gesamtorganisation, waren die ersten, welche die Disziplin durchbrochen haben. Das zu beweisen ist sehr leicht. Ausdrücklich hat sich die Volksversammlung unsers Verbandes bei ihrer letzten Tagung gegen jede Art Tarifgemeinschaft ausgesprochen. Der Vorstand hätte seine Wünsche korrekterweise so lange aufschieben müssen, bis eine spätere Generalversammlung für eine Tarifgemeinschaft gewesen wäre. Und das hat er nicht gethan. Von allen Seiten liefen Proteste ein, aber es half nichts. Der Vorstand mit samt den Gehilfenvertretern handelten also genau so, wie die despotischen Regierungen in Rußland, Persien usw. Und das sollen wir uns gefallen lassen? Sollen wir ruhig mit ansehen, wie die Männer, welche solche Handlungsweise brandmarken, besessene Kerle, Schreier usw. stiller werden? Nie und nimmermehr! Die nächste Generalversammlung hat große Aufgaben zu bewältigen. Zunächst gilt es, den Mitgliedern dadurch Bemuthung zu verschaffen, daß sämtliche Personen in Amt und Würden nur auf ein Jahr gewählt werden können. Ferner müssen Einrichtungen getroffen werden, die es ermöglichen, daß für sämtliche Vertrauensposten in Bezug auf ihre Unterwerfung unter die Disziplin eine genaue Kontrolle möglich ist, d. h. unsre Organisation muß durch und durch auf demokratischer Grundlage beruhen. Um aber das zu erreichen zu können, sind Männer nötig, die sich des Ernstes der Sache bewußt sind, mit Energie und Ausdauer bemüht sind, zu reformieren. Dann kann der Erfolg auch nicht ausbleiben, wir werden dann eine Waffe haben, befähigt, jeden Schlag der Gegner zu parieren und jeden Angriff mit Erfolg durchzuführen.

Fraulantern (Rb.-Pr.).

W. Gegenheimer.

## Widersprüche im Flugblatte des Vorstandes.

Aus nichts als Sophismen und Trugschlüssen besteht der Inhalt des vom Zentralvorstand erlassenen Flugblattes, auf dessen persönliche Angriffe gegen Giesche wir

nicht erst eingehen. Wir wollen streng sachlich das Flugblatt in nur einigen Punkten widerlegen, die marant darin, daß Döblin, daß der Vorstand mit diesem Flugblatt den Kollegen Sand in die Augen zu streuen verucht, um mit Hilfe eines getriebenen Urteils die Wahlen zur Generalversammlung zu beeinflussen und seine verderblichen Pläne auszuführen.

Die Frage, welche der Vorstand auf Spalte 2, 1. Absatz, den Mitgliedern vorlegt, beantwortet er nach der zweiten Frage:

„Und ist denn wirklich diese Tariforganisation nur ein politischer Trick, durch den die Koalitionsfreiheit nicht nur der Buchdrucker, sondern der gesamten Arbeiterschaft illusorisch gemacht werden soll?“

„Wenn jene Ansicht wirklich vorläge, wenn sie nicht bloß ein künstlich aufgebautes Schrecksgeheiß wäre, müßten denn nicht die Prinzipale mit beiden Händen freudig dieses fürchtbare Mittel ergreifen?“

Das ist stark! Hatte Herr Döblin am 9. Juni noch nicht die Ueberzeugung, daß jene Ansicht wirklich vorliege, so hätte er sie mindestens einige Tage später, nach der Generalversammlung des D. B. V., gewinnen müssen! Doch lassen wir ihn weiter sprechen:

„Und doch ist die Abneigung dagegen in ihren Kreisen genau so groß wie in Gehilfenkreisen, sie ist!“

Herrlich! herrlich! Hoffentlich sieht Herr Döblin nunmehr ein, wie groß die Abneigung der Prinzipalität ist; wir verweisen ihn wieder auf die Generalversammlung des D. B. V. Einstimmig wurde diese Organisation angenommen und von Ramm und Oldenbourg schleunigste Durchführung derselben versprochen, weil sie, wie Ramm unter dem Besitale der Versammlung ausführte, der Prinzipalität den Vorteil bietet, daß in Zukunft der Gehilfenschaft die Fingel gebunden sind. Geht hieraus nicht klar hervor, daß die Gehilfenschaft systematisch lahm gelegt werden soll mit Hilfe uners Vorstehenden? Es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß das, was alle Späßen von den Dächern pfeifen, dem Vorstehenden der Organisation nicht bekannt sein soll. Die tatsächlichen Verhältnisse haben es gezeigt, daß die Ansicht des Corr. die richtige und die des Vorstandes die falsche, die Organisation ihren Feinden ans Messer liefernde ist.

In den Versammlungen hat der Vorstand bereits mit der eventuell drohenden Weberentscheidung der Leipziger Bewilligungen Zustimmung zu machen gesucht und auch auf der letzten Seite des Flugblattes spricht er resümierend damit. Dagegen heißt es im Flugblatt an anderer Stelle festgedruckt, daß die Prinzipalsvertreter zu der Erklärung gezwungen haben:

„Daß von der eventuellen Nichtverwirklichung dieser Tariforganisation ihrerseits die Geltung der vereinbarten Tarifpositionen nicht abhingen würde.“

Sollten jetzt, wo die Abneigung der Prinzipale gegen diese Organisation geschwunden ist, wo sie von ihnen freudig begrüßt wurde als ein Anker der Gehilfenschaft, ihrerseits die Geltung der vereinbarten Tarifpositionen von der Annahme der Tariforganisation durch die Gehilfenschaft doch davon abhängig gemacht werden, so wird eine freie Gehilfenschaft, eine in ihren Handlungen nicht behinderte Organisation, desto freier ihr Veto einlegen können.

Sophismen, nichts als Sophismen und Trugschlüsse enthält das ganze Flugblatt, wir verweisen auch auf Seite 3, Spalte 1.

„Ist das auf materiellem Gebiet Erreichte wirklich nur eine Pappalle, und wäre es das Alleinstigmachende, wenn wir unsre ganze Forderung, eine ganze Stunde Arbeitszeitverkürzung und entsprechende Lohnserhöhung, durchgesetzt hätten? Wie viel wäre denn das mehr? — Doch auch nur eine halbe Stunde, also nach Ansicht des Corr. Redakteurs auch nur eine Pappalle.“

Abgegeben haben, daß die ganze jetzige Bewegung sich nicht gegen die „Pappalle“ richtet, sondern gegen das Danaergesicht der Tarifgemeinschaft, so ist es vernunberlich, wie naiv hier unser ehrenwerter Vorstand sich zeigt. Daß einhalb und einhalb ein ganzes ist, scheint er nicht zu wissen, bei ihm ist es einhalb — mehr. Wir erinnern aber daran, daß beim Beginne der Bewegung in Hinsicht auf die nothwendenden arbeitlosen Kollegen, gleichwie beim letzten Kampfe, die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit um eine volle Stunde gefordert wurde. Frage die deutsche Kollegenchaft doch einmal bei Herrn Döblin an, wo und in welcher Anzahl durch die halbthündige Arbeitszeitverkürzung Mehrerstellungen erfolgt sind. Wenn einhalb und einhalb nur einhalb mehr ist, so wäre es aber für unser Streben, das Los unserer Arbeitlosen zu bessern, ein ganzes gewesen, und wenn es so unweineslich wäre, warum bewilligten die Freunde des Herrn Döblin, die Prinzipale, die Veringfügigkeit nicht?

Die Dauer des Tarifs ist festgesetzt auf drei, bedingungsweise auf fünf Jahre, so heißt es im Flugblatt. Es ist abgeschmakt, daß man uns hier noch immer vorreden will, die halbthündige Kürzung schade uns nicht. Es zeigt sich eben wieder, daß Herr Döblin den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch immer nicht begreifen will, oder besser — nicht begreifen darf! Gesetzt den Fall, der Tarif würde gekündigt, wären wir nicht in dem halben Jahr ohne Schwertstreich schon lahm gelegt? Beim ersten Anzeichen einer Tarifkür-

zung würde auch das Tarifamt eingreifen und jedenfalls nicht zu unseren Gunsten.

Es ist eine unangenehme Arbeit, aus einem Flugblatt der geghäftigen Art, den Kollegen klar zu machen, wo die Wahrheit liegt. In starbesuchten Versammlungen erklärten sich die Mehrheiten der organisierten Kollegen gegen die Fortsetzung der Berliner Verhandlungen, und jetzt ist man über die Köpfe der Mitglieder hinweg zur Besiegung der Berliner Beschlüsse geschritten. Herrn Giesecke-Berlin konnte nichts von den Schlussverhandlungen zurückhalten, da er das einzige Mittel in der Tarifgemeinschaft sehe, und im Flugblatt heißt es:

„Die sogenannte Tarifgemeinschaft mußte den Bau- mau zur Berhebung der Kollegen abgeben, obgleich kein Gehilfenvertreter ein Interesse daran haben kann, gegen den Willen der Kollegenchaft sich dafür zu erwärmen.“

Kollegen! Was heißt das? Wahrhaftig, man muß auch für Marionetten ansehen, wenn man es wagt, mit dieser Lüge vor euch zu treten: „Kein Gehilfenvertreter hat ein Interesse daran!“ Was erklärte Giesecke, was hat man eben jetzt in Berlin, trotz ausbrüchlichem Widerspruch der übergroßen Mehrheit? — Ein „Interesse“ scheinen die Herren Gehilfenvertreter allerdings zu haben. Der Vorstand zieht sich selbst Lügen; warum sonst suchte er trotz Ablehnung einer Tarifgemeinschaft auf der Breslauer Generalversammlung Fühlung mit dem Prinzipalsverein zwecks Anbahnung einer solchen, warum so fragen wir, warf er sich fortgesetzt der Prinzipalität an den Hals, und diskreditierte die Gehilfenschaft; warum wird dieser Weg jetzt noch nicht aufgegeben, dem Willen der Mehrheit gemäß. Eine offensbare Lüge enthält dieser Satz, der euch Sand in die Augen streuen soll, um euch mit verbundenen Augen als Opferkure zum Altare der Harmonisiertheit zu führen.

„Ja, Kollegen, der Vorstand war bemüht, für die Gesamtheit etwas zu erreichen, und taktische Erwägungen zwangen ihn, während des Stadiums der Unterhandlungen sich eine gewisse Reserve (soll wohl heißen: Rücksichtnahme!) aufzuheben.“

Mit diesen Worten verteidigt sich der Vorstand gegen den ihm wiederholt gemachten Vorwurf, er habe die nötige Aufklärung der Kollegen unterlassen. Kollegen, worauf war hier Rücksicht zu nehmen für einen Mann, der an der Spitze der Organisation steht? Vor allem Rücksicht auf euch, auf die Organisation, die durch diese statthabende Reserve des Vorstandes Schaden nehmen mußte. Wohl leiteten, das glauben wir wohl, den Vorstand Erwägungen, doch fragt nur nicht welche Rücksichtnahme auf die Prinzipale, die doch nicht fortwährend Beunruhigungen ausgeübt werden durften, die lieben guten Seelen — Rücksichtnahme auf den Grundgedanken der Fraktion Hirsch-Dunder, den patriarchalischen Gedanken der Harmonisiertheit, und Rücksichtnahme auf das Eichenpferd Döblinscher Gewerkschaftspolitik, — den Verhandlungsweg, der seinen Urheber in gutes Licht setzen mußte, umso mehr, wenn schließlich die ganze Organisation sich trennte! Und getreu folgten ihm die durch das Vertrauen der Gehilfenschaft gewählten Vertreter, trotzdem sie bestimmte Weisung hatten, auf eine Tarifgemeinschaft nicht einzugehen; trotzdem sie noch vor kurzer Zeit erklärte Feinde einer solchen waren. Aber ... die Vertreter waren der Ansicht, daß den Interessen der Kollegen besser gebient werde, wenn endlich die längst verlangte gemeinschaftliche Durchführung des Tarifs zur Thatfache werde.“

Es ist doch wunderbar, daß jetzt auf einmal, urplötzlich, in den letzten Kreisen der Organisation der Gedanke an eine gemeinschaftliche Durchführung des Tarifs aufgetaucht ist, an eine Gemeinschaft mit der Organisation, die es bis heute noch nicht fertig gebracht hat, auch nur ihre eignen Mitglieder zur Anerkennung des Döblin-Wüstensteins Abkommens zu zwingen, die in verschiedenen ihrer letzten Stellungen die größten Tarifverächter zählt, die es sogar trotz des tariflichen Abkommens zwischen Döblin und Wüstenstein fertig gebracht hat, für sich selbst eine Verschlechterung des alten Tarifs zu sanktionieren. Man kann es auf richtige Weise nicht erklären, wie plötzlich die letzten Personen der Gehilfensorganisation das längst verdorene Vertrauen zu dem Manneswort der Prinzipale wiederfanden.

Aus diesen wenigen Gegenäußerungen wird die organisierte Kollegenchaft ersehen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Was alles schon in vielen Versammlungen dem Herrn Döblin widerlegt wurde, er spielt es jetzt wieder aus in jenem Flugblatt, dem man die Besiegung sachlich nicht geben kann. Er spielt es wieder aus, um die Gehilfenschaft zu täuschen, um sie desto bequemer seinen Reaktionsgelüsten opfern zu können. Lange schon ist dieses Vorgehen geplant, lange schon der Sinn der Gauvorstände darauf hingelenkt worden.

Jetzt legt es an der Gehilfenschaft, den Herren Spielern in die Karten zu sehen, und die Falschspieler zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gelegenheit dazu ist der Kollegenchaft bei der Wahl gegeben.

Kollegen! Mit „gewohntem kaltem Blute“ sucht man euch zu beeinflussen, man schaut selbst Lügen nicht, um sich sicher zu stellen, weil man weiß, daß an dem Ausfall dieser Wahl die Entscheidung hängt, ob die echte Gewerkschaftsbewegung tot zu machen ist. Vertraute man sich, die Kollegenchaft, welche die Schöblichkeit, die verberbliche Wirkung Döblinscher Politik eingesehen hat, mit heruntergenommenen Subjekten zu vergleichen, so schaut

wan sich jetzt auch nicht, euch als Stimmvieh zu be nutzen. Man weiß, die Zeit ist da, wo Abrechnung gehalten werden soll über so manches, was bisher verborgen geblieben war, darum seht man jetzt alles daran, um sich vor dem Sturm in Schutz zu bringen.

Und darum, Kollegen, thut eure Pflicht bei der Wahl. Erhebt nur Männer auf den Schaß, die unbeeinflusst von der jetzigen Leitung das Wohl des freien Gewerkschafts im Auge haben. Gebt nur Männern eure Stimme, die Wahrheit, Wahrheit vor allem, hochhalten, und deren Parole ist: Nieder mit der Tarifgemeinschaft, weg mit allem, was sich der freien Entwicklung unsrer Organisation hindernd in den Weg stellt. H.

## Korrespondenzen.

**Münchenleben.** Auch unsere Mitgliedschaft beschäftigte sich in der letzten Monatsversammlung mit der jetzigen Situation. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich gegen jede Tarifgemeinschaft und fordert die Gehilfenvertreter auf, ihr Amt niederzulegen und der anberaumten Sitzung des Tarifausschusses fernzubleiben, da der vereinbarte Tarif nur den Zweck hat, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unterbinden und Uneinigkeit in die Reihen des Verbandes zu tragen. Ferner wurde beschlossen, das diesjährige Johannisfest in hier üblicher Weise Sonnabend den 27. Juni in den Räumen des Kaiserhofes zu feiern. Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu freundlichst eingeladen.

**Augsburg.** Achtung bayrische Kollegen! Wie in einer am vorigen Sonntag in München stattgehabten Vertrauensmännerkonferenz beschlossen wurde, soll die Stellungnahme der zur Generalversammlung aufgestellten Kandidaten der bayrischen Kollegenchaft vorkontrolliert werden. Ein darauf bezüglicher Antrag, jedem Kandidaten solle auf dem Stimmzettel vom Gauvorstande beigefügt werden, ob er für Gajch oder Döblin, resp. für oder gegen die Tarifgemeinschaft sich auf der Generalversammlung aussprechen werde, wurde von der Vertrauensmännerkonferenz niedergelassen. Der Zweck ist ersichtlich. Die Mitglieder müssen im Unklaren gelassen werden, damit der Döblinschen Richtung zum Siege verholfen wird. Hesse, was helfen mag! Das Ganze riecht bedenklich nach Wache. Augsburg hat sechs Kandidaten Döblinscher Richtung aufgestellt. Die bayrischen Kollegen werden wissen, für wen sie ihre Stimmen abgeben werden; für den Mann, der furchtlos und unbeirrt den Weg gezeigt hat, der gegangen werden muß.

**T. Berlin.** (Allgemeine Buchdruckerversammlung vom 14. Juni.) T.-D.: 1. Berichterstattung des Gehilfenvertreters über die geghäftigen Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. Nach Bildung des Büreaus nahm der Vertreter des Kreises, Kollege Giesecke, das Wort. Er gab zunächst einen kurzen Abriss über die Vorgeschichte der Tarifverhandlungen und kam sodann, nachdem er noch die Beratungen vom 15. April kurz gestreift hatte, auf die Berliner Abmachungen vom 15. Mai zu sprechen. Die Prinzipale erklärten, daß auf weitere materielle Zugeständnisse nicht zu rechnen sei, während gehilfenseits auf die Festlegung der Lokalausgänge Wert gelegt wurde. Derselbe erfolgte auf Grund des 1890er Tarifs. Frankfurt habe 5 Proz. und Potsdam 7 Proz. erhalten, während für beide Städte 10 Proz. beantragt waren. Was die Tariforganisation anbetreffe, so sei dazu in Leipzig eine Kommission gewählt worden, bestehend aus den Herren Ramm, Baensch und Wüstenstein von Prinzipalsseite und den Herren Döblin, Niesel und Gajch von Gehilfenseite. Derselbe habe ihre Aufgabe erfüllt und eine Vorlage ausgearbeitet. Wenn diese Vorlage nicht gemacht worden wäre, so wäre trotzdem eine Tariforganisation geschaffen worden, denn die anwesenden neun Prinzipale und neun Gehilfen bildeten bereits eine solche. Die Gehilfen lehnten die Vorlage ab, erklärten sich aber bereit, an der Schaffung einer Organisation mitzuwirken. In Bezug auf das Tarifamt erklärten die Prinzipale, daß, wenn eine Organisation nicht geschaffen werden würde, es ebenso ginge wie seit 1873: keiner würde sich mehr an den Tarif halten; auch hätten sie keine Lust, allein die Kosten zu tragen, alle sollten ihr Teil dazu beitragen. Gegen das geplante Schiedsgericht hatten die Gehilfen nichts einzuwenden. Auch gegen das bestehende Annunziations-Schiedsgericht habe Redner nichts einzuwenden; ihm sei es gleich, auf welche Weise er sein Recht bekomme und wenn er es auf friedlichem Weg erhalten könne, so habe er nichts dagegen. Beim Punkt Arbeitsnachweis verlangten die Prinzipale, daß die Organisationen ihre Nachweise aufsetzen sollten, Prinzipale sowohl wie Gehilfen; letztere erklärten jedoch, daß sie ihre Nachweise nicht aufsetzen würden, weil die Prinzipale es auch nicht thun würden. Redner bemerkte, daß die Prinzipale gar kein Gewicht auf die Annahme des Tarifamtes legten, die materiellen Zugeständnisse würden dadurch nicht berührt werden. Schließlich sei man übereingekommen, die Schlussverhandlungen am 17. Juni stattfinden zu lassen. In letzter Zeit gehe ein Sturm durch die Kollegenchaft, der aber die Allgemeinheit nichts angehe (Choi), die Angelegenheit sei Organisationsache (Bravo!), deshalb streife er sie nur und gehe hier nicht näher darauf ein. (Bravo!) Die Gehilfen beantragten, die Schlussberatung bis nach Stattfinden der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes auszuschieben, die Prinzipale erklärten, daß

die Orte, welche bewilligt haben, bereits 8000 Kollegen umfaßten, wenn man, Gewehr bei Fuß, bis nach der Generalversammlung warten wollte, dann könnte es leicht vorkommen, daß die allgemeine Einführung sich bis zum 1. Januar verzögerte und sie hätten keine Lust, bis dahin allein die Kosten zu tragen. Er persönlich erklärte nun, daß er an den Schlußberatungen teilnehmen werde (Bravo!), soweit materielle Interessen in Frage kämen, die Organisationsfrage werde er jedoch nicht berühren, vielmehr abwarten, wie die Organisation darüber beschließen und sich diesem Beschlusse fügen. (Bravo!) Labjuhn stellte folgende Resolution und begründete dieselbe: „Die heutige allgemeine Versammlung der Buchdrucker Berlins verurteilt die Tarifgemeinschaft und fordert den Gehilfenvertreter auf, sein Mandat niederzulegen. Dieselben haben bei den Tarifabmachungen nicht den Willen der großen Mehrheit der Kollegen zu vertreten gesucht, sondern nur nach ihrer eignen Ansicht gehandelt.“ (Anhaltende Zustimmung.) Giesecke (sattlich): Gehe die Bewegung ins Leben gerufen wurde, war man überzeugt, daß der Reinstundentag mit einemmal nicht zu erreichen sei. Wenn Sie sich so stark fürchten, dann brauchen Sie überhaupt niemand zur Verhandlung zu schicken. (Sehr richtig!) Er werde der Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, nicht Folge geben. (Beifall und Widerspruch.) Er sei durch Urabstimmung von etwa 4000 Kollegen gewählt und lasse sich das Mandat von einer einzelnen Versammlung, wo er nicht kontrollieren könne, aus welchen Elementen sie zusammengefaßt sei, nicht entziehen. (Bravo!) Wättnier, als Vorsitzender der Versammlung, nahm dieselbe in Schutz gegen Gieseckes Ausführungen. Es wären Berliner Buchdrucker und nicht unkontrollierbare Elemente! (Giesecke: Das habe ich nicht gesagt!) Saloman tabelte einen Artikel der in Berlin erscheinenden Solidarität, der nur Verwirrung erzeuge, wies die Schädlichkeit der Innungs-Schiedsgerichte nach und kam sodann auf die Herabsetzung der Votalszuläge in Kostof und Löhne und auf den angeblichen Mangel an Maschinenmeistern zu sprechen, der nach Herrn Bügenstein vorhanden sei. Die guten Maschinenmeister werfe Herr B. heraus, stelle an deren Stelle minderwertige Kräfte und sage dann, es sei Mangel an guten Maschinenmeistern. Das Fazit der Verhandlungen sei: Gehilfenforderungen abgelehnt, Prinzipalsvorschlüsse angenommen! Er ersuchte die Tarifgemeinschaft in die Kumpellammer zu werfen und unterbreitete folgende Resolution: „Die heutige allgemeine Versammlung erklärt sich mit den in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlungen zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern nicht einverstanden, sie protestiert namentlich gegen die Festlegung des Tarifs auf Jahre hinaus und lehnt die Errichtung eines Tarifamtes ab; zugleich fordert sie den Gehilfenvertreter des VIII. Kreises, Kollegen Giesecke, auf, sein Mandat sofort niederzulegen.“ Giesecke verlas hierauf zur Nichtigstellung den auf den Völkervertrag bezüglichen Passus aus dem Verhandlungsprotokolle, dabei bemerkend, daß es ein Kompromiß gewesen, wie es bei Verhandlungen nicht anders möglich sei. Rassin: Der Huch der gewerkschaftlichen Bewegung sei der, daß die Personen, welche an die Spitze berufen seien, nicht alles offen darlegen könnten unter dem Druck der Verhältnisse. Der Berliner Gewerkschaftsvorstand habe z. B. einen größeren Kreis von vertrauenswürdigsten Kollegen um sich versammelt, um Schritte zu beraten, welche uns dem Druck entziehen sollten. Der Vorstand habe dann dieser Anregung Folge gegeben und seien es die Kollegen Döblin, Gafch und seine Person gewesen (sowie Eiser und Michel), welche erstmalig mit den Prinzipalen verhandelten. Unter welchen Umständen das geschehen sei, könne man daran ersehen, daß nur drei Gauen (München, Stuttgart und Schlesien) erklärt hatten, dem Berliner Vorgehen einen Rückhalt zu geben, alle anderen Gauen (die Briefe liegen vor) wären dagegen gewesen. Velpzig sei nur als Operationsfeld für die Wege der Tarifrevision auszuzeichnen worden. Er habe von dem, was er bisher verhandelt, nichts preisgegeben. Auch habe er in seiner Agitation sich nichts vorkaufert. Er habe die Kollegen aufgeregt, er habe das Pulver verschossen und es thue ihm nicht leid; die Kollegen müßten aufgerüttelt werden. (Beifall.) Wie notwendig das gewesen sei, ersehe man wieder aus dem Rechenschaftsberichte der Prinzipalsunterstützungskasse. (Redner führte die auf die Zugehörigkeit der Mitglieder zu diesen Klassen bezüglichen Zahlen von Berlin und Leipzig an.) Wenn die Buchdrucker für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, dann sei es auch notwendig, daß die anderen Berufsgruppen sich mit dieser Frage beschäftigen und auch betätigen. Wäre diesem Ziele würde uns wohl das Graphische Kartell, wofür er sich Mühe gebe, bringen. — Das Gewerbegericht habe uns auch geschädigt; er erinnere nur an den Entscheid, wonach die Maschinenmeister zum Anlegen verpflichtet seien. — Er sei nur für Annahme der Tarifabmachungen, aber Ablehnung des Tarifamtes, weil letzteres unsere Bewegungsfreiheit hindere. (Großer Beifall.) Wendsee knüpfte an das vom Redner erwähnte Graphische Kartell an, meinte aber, daß dies noch ein frommer Wunsch wäre. Die Buchdrucker seien ihrer Vertreter würdig. Ihm sei es klar gewesen, daß es zu einer Tarifgemeinschaft kommen und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden würde. In Deutschland gäbe es zweierlei Richtungen: ein Teil werde mit dem Minimum entlohnt, während der andre in Verhältnissen lebe, die einigermassen erträglich seien. Dieser letztere Teil habe deshalb kein Interesse an einer Be-

wegung. (Beifall und Widerspruch.) Er halte eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnerhöhung für möglich. Vor allem müßten die Arbeitslosen untergebracht werden. Wir müßten mit den bestehenden Verhältnissen brechen und einen neuen Weg beschreiten. Die Tarifgemeinschaft dürfe nicht eingeführt werden. Er empfahle die Resolution Labjuhn. Der Gehilfenvertreter müsse sein Amt niederlegen, dazu sei er verpflichtet. (Beifall.) Streder: Mit dem Erfolge der Tarifberatung seien wir allgemein nicht zufrieden. Jetzt handle es sich aber darum, ob das, was erreicht sei, von der Hand zu weisen wäre oder nicht. Kollege Gafch erklärte in Nr. 47 des Corr. vom 25. April über die Frage der Tarifgemeinschaft: „Dieser Sondernurung würden die Gehilfenvertreter um so weniger aus, als eine zeitweilige Festlegung des neuen Tarifs das Korrelat für seine Beibehaltung auch in der für die Prinzipale günstigen Saison ist. Bei der Tarifgemeinschaft kommt es aber vor allem darauf an, daß die Gehilfen sich es nicht selbst wieder vorpiegeln, wie herrlich die Prinzipalschaft den Tarif mit durchzuführen könnte, sondern hübsch nüchternen Auges Achtung zu geben, ob und wie die Herren ihre Schuldigkeit thun. In letztem Falle wird es ihnen nicht passieren, einer Fata morgana zum Opfer zu fallen. Es bleibt allerdings noch die Erschwerung eines spätern gegenseitigen Vorgehens als schädlicher Umstand der mehrlährigen Dauer zurück; jedoch auch gegen dieses Uebel werden schließlich Kräfte wachsen.“ Gafch habe hier eine mehrlährige Dauer in aller Form gutgeheißen. Ebenso billigte er die Ausschließung der Städte mit weniger als 20000 Einwohnern und die Sonderstellung der Maschinenmeister. (Redner verlas die betreffenden Stellen aus dem „Leiter“ in Nr. 47 des Corr.) (Mit freien Händen konnte der Verband bald das Fehlende nachholen. Red.) Die Frage liege so: Ist es rätlich, auf diese Festlegung einzugehen? Wenn wir am 1. März zugegriffen hätten, dann hätten wir auch den Reinstundentag. Das sei aber durch die Velpziger Abmachungen verhindert worden. (Der Zentralvorstand hatte von ansfang bloß spätere Verhandlungen verlangt!) Hätten wir den Beweis, daß die Prinzipale das gegebene Wort nicht hielten, dann würden wir sehen, was wir dann zu thun hätten. Er habe sich für das Tarifamt nicht engagiert und überlasse ruhig der Generalversammlung, was sie damit thun wolle. Einen künstlichen Gegensatz zwischen Zeitungs- und Minimumgebern zu schaffen, wie Vordröner es gethan, halte er für verwerflich. Bei der letzten Bewegung hätten erstere auch sehr oft ihre Stellungen aufgegeben. Politisch stehe er soweit links wie irgend einer, die ruhige Betrachtung der wirtlichen Verhältnisse gebe ihm aber die Möglichkeit, bis zu einer gewissen Grenze mit den Prinzipalen zusammenzugehen. Den Kampf um des Kampfes willen halte er für verfehlt. Deshalb bitte er um die Annahme folgender Resolution. (Anhaltendes Bravo!) „Die heutige allgemeine Versammlung der Berliner Buchdrucker kann auch nach dem Verlaufe der Berliner Tarifberatungen nur wiederum ihr tiefstes Bedauern über die verhältnismäßig geringen Zugeständnisse der Prinzipalität aussprechen. Trotzdem will die Berliner Gehilfenschaft den Versuch nicht von der Hand weisen, ob die Prinzipalität Deutschlands wirklich den ehrlichen Willen hat, die allgemeine Durchführung des Tarifs nachdrücklich zu fördern. Sobald die Gehilfenschaft ungeweihtig erfährt, daß dieses nicht der Fall, erklärt die heutige Versammlung von dem Zeitpunkt an die Berliner wie die allgemeine Gehilfenschaft Deutschlands aller gegen die Prinzipalität eingegangenen Verpflichtungen los und ledig.“ (Arendsee (sattlich gegen Streder): Diese Gegenstände (zwischen Zeitungs- und Minimumgebern) beständen in Wirklichkeit, er habe sie nicht herbeigeführt. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wurde angenommen. Bei der hierauf folgenden Abstimmung über die eingegangenen Resolutionen erhielt, nachdem Saloman die seinige zu Gunsten der Labjuhns zurückgezogen hatte, die Resolution Streder's 174 Stimmen. Viele Kollegen enthielten sich der Abstimmung.) Das Resultat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Giesecke konstatierte, daß er das, was er zu Anfang sagte, auch ausführen werde. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende ersuchte noch, die sich im Kampf um ihre Organisation befindlichen Futmacher nach Kräften zu unterstützen und auch die am Donnerstag, 18. d. M., stattfindenden acht Gewerkschafts-Versammlungen rege zu besuchen und schloß darauf gegen 11 Uhr die mächtig besuchte Versammlung.

\* **Brandenburg a. N.** Eine am 15. Juni abgehaltene Mitgliedsversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Vorschlägen von Delegierten zur Generalversammlung. Es wurden folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Theise-Brandenburg, derselbe ist ein Gegner der Tarifgemeinschaft; Thiele-Brandenburg; Ketschner-Stettin; Wiethe-Stralsund; die drei letzteren sind für die Tarifgemeinschaft. Kollegen, wem das Wohl des Verbandes am Herzen liegt, der wähle nur solche Kandidaten, welche Gegner der Tarifgemeinschaft sind. Gegen die Auffstellung von Delegierten in der vom Gaudorfer Katholus nach Berlin einberufenen Konferenz der Bezirksvorsitzer, welcher auch Döblin betwohnte, wurde energisch protestiert.

**Braunschweig.** In der am 14. Juni abgehaltenen Bezirksversammlung wurde nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und Verlesung von vier Aufnahmebesuchen vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß bei der Urabstimmung über obligatorische Einführung des Correspondenten 169

Stimmzettel abgegeben seien. Von diesen lauteten 87 für, 81 gegen das Obligatorium. Die Versammlung beschloß hierauf, vom 1. Juli an den Corr. obligatorisch einzuführen und zwar für je zwei Mitglieder ein Exemplar. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung pro 1. Quartal, worauf ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wurde. Beim folgenden Punkte der Tagesordnung über die augenblickliche Lage gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der jetzigen Tarifbewegung sowie deren Begleiterscheinungen. Die hierauf folgende Debatte ergab schließlich, nachdem vorher eine weitere für die Tarifabmachungen und sehr scharf gegen den Corr. gerichtete mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, die Annahme der folgenden Resolution mit schwacher Mehrheit: „Die Bezirksversammlung verurteilt die Berliner Abmachungen bezüglich der fünfjährigen Dauer des Tarifs und des Tarifamtes usw. Sie hält die sachliche Stellungnahme der Corr.-Redaktion gegenüber den Berliner Abmachungen für die richtige und erwartet, daß der Corr. auch in Zukunft im Sinne des Klassenkampfes geleitet wird. Sie mißbilligt aber entschieden die persönliche Art des Kampfes zwischen Gafch, Zentralvorstand und Gehilfenvertretern.“ Als Kandidat für die Generalversammlung wurde Kollege Schwette von hier aus bestimmt. Hierauf Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Bremen.** ... Das, was in der Tarifgemeinschaft zum Ausdruck kommt, werde mit anderen Worten in dem Programm der sozialistischen Partei als erstrebenswert bezeichnet. ... Dieser „Weisheits“satz entziffert dem Jahngesche eines Teilnehmers an der Gaudorfer-Konferenz (siehe Protokoll der Konferenz, Nr. 65 des Corr., Seite 2, Spalte 3, Zeile 15 von unten), und auch der Verbandsvorsitzende hat in einer Berliner Versammlung dieselbe Behauptung aufgestellt. Im Bericht der Versammlung (Corr. Nr. 67) heißt es: „Döblin wies noch darauf hin, daß auch die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm die Forderungen aufgestellt hat, welche die Buchdrucker jetzt schaffen wollten.“ Was er staunt über die Entdeckung dieser beiden Herren, daß die Tarifgemeinschaft resp. Tarifamt im Programm der sozialdemokratischen Partei ein Analogon hätten, suchte ich dieses mir bisher unbekannt aufzufinden. „Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.“ Sind obige Behauptungen auf dieser Forderung fundiert? Jedenfalls! Sehen wir zu. Wurm, ein gewiß kompetenter Interpret, sagt in seinem Volkslexikon (I. Band, Seite 400) über das Arbeitsamt: „In seiner vollkommnen Gestalt bezeichnet das Arbeitsamt eine Behörde, welche die Arbeiterbeschäftigungen der Gewerbeordnung zu überwachen und auszuführen hat.“ Und im selber im Reichstage nicht zur Beratung gekommenen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur letzten Gewerbeordnungsnovelle über die Organisation der Arbeitsämter (1890), können die Herren ersehen, daß sie bei ihrer Eurfurion auf einen Irrweg geraten sind. Eine auf Harmoniegleuben zwischen Kapital und Arbeit beruhende Institution, wie Tarifgemeinschaft, Tarifamt, sei gleichbedeutend mit einer Aufsichtsbehörde über den gesetzlichen Arbeiterschutz, das ist eine Behauptung, die ungetrübt ist von sozialpolitischer Erkenntnis, eine Behauptung, die allerdings auch im Stande wäre, das Programm der Partei zu diskreditieren, wenn sie nur die geringste Unterlage hätte. Das ist doch nicht etwa beachtlich? Mit solchen Widerfinn — Ihr rettet den Freund (die Tarifgemeinschaft) nicht mehr.“ D. Donath.

**Bremen, 18. Juni.** Am 16. d. M. tagte abermals eine Bezirksversammlung, die sich außer der Wahl des Bezirkschriftführers sowie Wahl zweier Revisoren auch mit der Auffstellung von Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung und einer Kommission zur Leitung dieser Wahl beschäftigte. An Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen Kollegen Hüraf wurde Kollege Willens zum Schriftführer gewählt, zu Revisoren die Kollegen Hofmann und Witte. Als Vertreter zur Generalversammlung wurden aufgestellt die Kollegen Diermann aus Bant-Wilhelmshafen und Rosenlechner-Bremen, die Kollegen Hofmann und Rhein, beide aus Bremen, zu Stellvertretern. Bei der sehr lebhaften Debatte gelangte zunächst zum Ausdruck, daß man die Wahl des Kollegen Diermann zum Schriftführer möchte, weil dieser geeignet sei, ohne Vorurteil über die schwebenden Fragen zu entscheiden und vor allen Dingen das Interesse der Provinzkollegen vertreten würde. Dieses sei dem Gaudorfer Rosenlechner abhanden gekommen durch sein Hineinleben in die Politik des Zentralvorstandes. Dieser habe mit dem Flugblatte nur Zustimmung für die Herren Gaudorfer machen wollen. Durch Annahme der Tarifgemeinschaft würden jegliche Vorteile für uns abgehandelt werden, daher gebäre unserm Redakteur, Herrn Gafch, der Dank aller Kollegen und müsse man ihm auf der beschrittenen Bahn folgen, dies sei das Ziel der vorwärts strebenden Gehilfen. Dem gegenüber kennzeichnete Gaudorfer Rosenlechner seinen Standpunkt, den ihm seine innerste Ueberzeugung diktiere. Er bezeichnete das Vorgehen des Herrn Gafch in geschickener Weise als keinen gefunden Fortschritt, und wer die Kampfweise Gafchs gutheße, der übe Desorganisation in der Organisation. Redner schloß seine Ausführungen unter lebhaftem Beifall. — In die Kommission zur Leitung der Wahl wurden gewählt die Kollegen Dörner, Diermeyer, Wegand.

**Bromberg.** In der am 13. d. M. hier abgehaltenen Monatsversammlung wurde folgende Resolution

mit 21 von 34 Stimmen angenommen: „Die heutige ordentliche Monatsversammlung ist mit der Schreibweise des Corr.-Redakteurs nicht einverstanden, da sie zu Zerspaltung der Kollegenschaft führt, und spricht dem Hauptvorstande ihr Vertrauen aus“.

**\* Chemnitz.** In der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung unserer Mitgliedschaft wurde Kollege Stoy als Kandidat für die Vertreterwahl zur Generalversammlung in Halle bestimmt. Der Standpunkt, den Herr Stoy in der die Generalversammlung notwendig machenden Frage einnimmt, dürfte allen Kollegen des Gau's bekannt sein; er hat denselben auch auf dem Gantage vertreten. Während seitens der Zwickauer Mitgliedschaft Kollege Jrmacher-Zwickau vorgeschlagen ist, sind nun beide Richtungen vertreten bei der Wahl.

**Crefeld, 16. Juni 1896.** Die am Samstag den 13. d. M. abgehaltene Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Generalversammlung des Ortsvereins Crefeld hält den vom Correspondent-Redakteur Kollegen Gash eingeschlagenen neuesten Kurs als den Verband schwer schädigend und spricht dem Zentralvorstand und den gewählten Gehilfenvertretern ihr vollstes Vertrauen aus.“

**Dortmund.** In der am 16. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde von seiten unserer Delegierten der kombinierten Bezirksversammlung nach Düsseldorf Bericht erstattet. In der sich hieran anschließenden Debatte wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: Nach Kenntnisnahme der Verhandlungen der Düsseldorf'er Versammlung spricht die hier abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die sechs Stunden lang gepflogenen Verhandlungen nicht einmal die Annahme einer Resolution zu stande brachten; was wohl darauf schließen läßt, daß auf Antrag der Crefelder Kollegen der Gauvorstand indirekt seine Hand dazu geboten hat. Sie drückt aber dem Kollegen Gash ihre vollste Zustimmung zu seinem dort gehaltenen Referate aus. Ferner werden die Kollegen von Rheinland-Westfalen aufgefordert, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche gegen die Tarifgemeinschaft stimmen. Der Bezirk Dortmund stellt den Kollegen Döller als Kandidaten als Vertreter zur außerordentlichen Generalversammlung auf. Derselbe wird ganz entschieden gegen jede Tarifgemeinschaft stimmen. Darum, Kollegen, vereinigt eure Stimmen auf unsern Kandidaten Döller! Zu unserm Jubiläumstag am 27. Juni sind die Bezirkskollegen freundlichst eingeladen.

**K. Dresden.** (Zur Generalversammlung.) In dankenswerter Weise ist in dem Artikel „25 gegen Einen“ in Nr. 66 des Corr. das erste Mal in unerbittlich offener Weise der unselige Kardinalpunkt des ausgebrochenen Konflikts Döblin-Gash klargestellt. Die Frieden und Ordnung im Gewerbe durch Tarifgemeinschaft — dort ewiger Kriegszustand und Anarchie — hier Wahrung des rein gewerkschaftlichen Standpunkts des Verbandes, der Grundgedanke seit Bestehen desselben — dort Umüberleitung ins extrem sozialdemokratische Lager! Für welche von beiden Richtungen zu entscheiden den besonnenen Mitglieder obliegt, ist leicht zu sagen, doch — nicht ungefährlich! So viel sei aber hier bemerkt, hätte der Verband Zeit seines Bestehens den extremen Standpunkt eingenommen, er wäre längst nicht mehr! Zwar wäre ein Häuflein „Unzufriedener“ mehr unter unseren Berufsgenossen, indem ohne Verbandsrückgrat die Kollegenschaft unter mancher andern Arbeiterklasse entlohnt wäre, das wäre aber auch der ganze Segen unsrer Schneidigkeit und dessen freuten sich eben nur die Prinzipalität und — die sozialdemokratischen Internationisten, die „Genossen“. Der Arbeiter selbst (weil so viel die Interessen der Arbeiterschaft von gewisser Seite betont werden) kümmert sich verdammt wenig um die Buchdrucker, ja steht sie viel eher scheel an, eben wegen ihrer sozialen Stellung durch den bislang geführten Verband, der nur den extremen Agitatoren ein Dorn im Auge ist. Wie oft hat sich nicht Herr Gash gegen diese verteidigen müssen, wie herb hat er sie jeweils abgeführt, und das mit Recht, denn der Verband ist sich selbst Herr und Richter und braucht keine Bevormundung. Um so schlimmer jetzt, wo unsre Redaktion über die Köpfe der Mitglieder hinweg die Bundesgenossenschaft unserer Gegner sucht, welche sich nun erdreisten, unsre Angelegenheit in die Hand zu nehmen, aufzuzählen wo sie können — nur nicht zur Einigkeit. Man sucht eine Spaltung und die Linke läßt es nicht an Mitteln zu diesem Zwecke fehlen. Die Schädliche Arbeiterzeitg. ist ein herber Beweis hierfür und Kollege Sindermann hier selbst würde dem Verbands durch neutraleres Verhalten mehr Dienste leisten, da er als sozialistischer Agitator doch bekannt ist, was für ihn kein Vorwurf sein soll, für den Verband jedoch nicht dienlich ist. Mancher Leser wird sagen, was soll deine Weisheit hier, warum sprichst du nicht in der Versammlung? Aber wird denn unter der augenblicklich fanatisierten Mehrheit gegen Döblin ein ruhig Wort, vielleicht auch mit etwas unterlaufener Unrichtigkeit bei noch womöglich mangelhaftem Vortrag angehört oder gar beachtet? — Läßt man schon jede Achtung äußern Spiel, wenn unser langjähriger Vorstand, vor kurzem noch bejubelt und begrüßt, seine Stellung präzisieren will, wie wird es erst jenen Mitgliedern ergehen, die nicht mit ins Warmhorn stoßen? Einen Dämpfer auf das jeweilige Gebahren können nur geschulte gute Sprecher setzen. Aber darin irre man nicht, sobald der Willensausdruck auf geheimem Wege, Urabstimmung, Dele-

gierenwahl, zum Durchbruch kommt, dürfte den so siegesfähigeren Opponenten wohl auch ein ander Bild gezeigt werden. Diejenigen Kollegen, welche sich bisher passiv verhielten, und die, welche aus Furcht vor Händeln und Schikanen womöglich im Oppositionslager standen, dürfen hier ihr einziges Recht zum Segen des Gewerksvereins geltend machen und diese Pflicht erfüllen Jeder. Hierbei aber ist eines streng zu beachten: Im oben bezeichneten Artikel wird von den Mitgliedern blindlings verlangt, den Delegierten zur Generalversammlung mit gebundenem Mandat zu entsenden. Das ist eine arge Bervogalung! — Auf der einen Seite wird gewünscht, ja die Gauvorstände nicht zu delegieren, weil sie in die Suppe spucken könnten, und andererseits verlangt man, daß die Vertreter das selbständige Denken und das Unterordnen unter Vernunftgründe resp. ein unparteiisches Bild auf bejagter Versammlung sich zu schaffen und nach Überzeugung zu stimmen unterlassen sollen! — Das darf nicht geschehen! Noch soll und muß unter Recht unparteiisch gesprochen werden, deshalb sei man auch vorsichtig bei der Kandidatenwahl — nicht entragierte Rechts- und Links-Parteiler — vorurteilsfreie Kollegen an einen Platz gestellt, wo es gilt, den goldenen Mittelweg zu gehen zum Besten aller und des Verbandes. — Schreiber dieses ist nicht für eine Kaltstellung Gash's, aber in dessen Interesse er gestellt ist, das muß er begreifen lernen in Zukunft und bis jetzt gibt die Interessen durch die Zentralleitung zum Ausdruck gekommen. Ist die Vertretung nicht nach Wunsch der Mitglieder, so haben sie durch Generalversammlung den insanzugemäßen Weg zur Umbahnung anderer Verhältnisse. Döblin hat sich diesen ebenso zu unterziehen, wie Gash die Pflicht auch gehabt hätte. — Das würde man Disziplin nennen! Selbe wird von einer gewissen Parteilichkeit immer streng verlangt, während man sie schnell lockert, sofern dies vorteilhaft erscheint. Ja, man scheut sich nicht, Anarchie da hinein zu tragen, wo Einigkeit und Gesez respektiert wurden, wie z. B. in unsern Verband. Positivität gewinnt Vernunft und Überlegung auch diesmal die Oberhand. Das Gegenteil hat uns schon geschadet genug.

**Dresden.** Am einer Zerspaltung der Stimmen für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung vorzubeugen, werden alle Gegner der Tarifgemeinschaft im Gau Dresden ersucht, nachstehende Kandidaten zu wählen: Sindermann und Golds, beide in Dresden und P. Schulz-Jittau. Je geschlossener diese Liste berücksichtigt wird, desto sicherer ist die Ablehnung der Tarifgemeinschaft. Wählt keinen Verbandsschleichen.

**L. Düsseldorf.** Am Montag, 15. Juni, hielt die Mitgliedschaft Düsseldorf eine außerordentliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisierte der Vorsitzende, Kollege Bodmühl, den sehr einseitig verzerrten Bericht der hiesigen Bürger-Zeitung über die am Sonntag, 14. Juni, hier selbst stattgefundenen kombinierte Bezirksversammlung und verwahrte sich ganz entschieden gegen den Vorwurf, die Bezirksversammlung parteiisch geleitet zu haben. Es wurde beschlossen, da von der Bürger-Zeitung niemand anwesend war, diese Angelegenheit in der nächsten Versammlung zu erledigen. — Hierauf wurden Vorschläge zur Delegiertenwahl für die außerordentliche Generalversammlung gemacht. Der allgemeine Wunsch ging dahin, nur solche Kollegen zur Generalversammlung zu delegieren, welche unbedingte Gegner der jetzt geschaffenen Tarifgemeinschaft seien und auf eine Versöhnung zwischen dem Zentralvorstand Döblin und dem Redakteur Gash hinwirken. Als Delegierte wurden vorgeschlagen die Kollegen Bodmühl-Düsseldorf, Kinkel-Wiesfeld, Bettenworth-Essen (um Gelegenheit zur Verteidigung zu bieten und seine Stellungnahme zu präzisieren), Müller-Barmen und Schleifler-Hagen. — Nach eingehender und langer Debatte wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die Mitgliedschaft Düsseldorf des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt hiermit folgenden Antrag zur demnächstigen Generalversammlung und ersucht ihre Vertreter, für diesen Antrag ganz energisch einzutreten: 1. Die jetzige Tarifgemeinschaft fällt selbstverständlich und wenn eine neue vereinbart wird, so soll sie nur von Organisation zu Organisation stattfinden und zwar derartig, daß der D. B. V. als Mitkontrahent mit dem V. d. B. unterhandelt und die Beschlüsse nicht durch Vermittlung anderer Behörden als der oben bezeichneten einzuführen sind; 2. Es soll, ganz abgesehen davon, welche Form von Tarifgemeinschaft hergestellt wird, nach der Generalversammlung eine Urabstimmung hierüber vorgenommen werden.“ Folgende Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe unseren Delegierten warm ans Herz zu legen: „Der Ortsverein Düsseldorf erklärt sich insofern für eine Tarifgemeinschaft, als in derselben nur Arbeitsetz und Bezahlungsweise festgelegt wird. In diesem Sinn erklärt er sich mit den jetzt gemachten Vereinbarungen bezüglich Festsetzung der Arbeitsetz und Art der Bezahlungsweise einverstanden.“ Man war allgemein der Ansicht, daß eine Tarifgemeinschaft in dem Sinne, wie sie von den Prinzipalen gewünscht wird, von uns Gehilfen nie und nimmer eingegangen werden darf. Sollte sich jedoch die Generalversammlung für eine Tarifgemeinschaft erwärmen, so wünschte die Versammlung, daß dies nur in dem Sinne geschehe, daß Arbeitsetz und Bezahlungsweise festgelegt wird, alle übrigen Klauseln und Anhängsel seien für uns schädlich. — Bezüglich der Angelegenheit Döblin contra Gash wurde gewünscht, daß,

wenn eine Einigung und Versöhnung zwischen diesen beiden Kollegen nicht erreicht werden könne, dann beide zum Wohle des Verbandes und der Einigkeit wegen von ihren Ämtern zurücktreten möchten. — Hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

**Bezirk Elberfeld.** Wenn man die aus allen Orten Deutschlands geschilderten Berichterstattungen über die „famosen Tarifabmachungen“ im Lager der „Getreuen“ Revue passieren läßt, muß man die Gepflogenheit der Delegierten bewundern, mit welcher sie allenthalben bemüht sind, eine „Wohrenwache“ vorzunehmen. Die Bestätigung dieses erfahren wir in der am 7. Juni hier selbst abgehaltenen Bezirksversammlung, in welcher der Vertreter des Gau's Rheinland-Westfalen, Kollege Bettenworth-Essen, referierte. Eingangs seines Referates spricht derselbe sein Bedauern aus, daß sich der Kampf um Ergründung besserer Lohnverhältnisse auf Personenfragen zugespielt habe, gesteht, daß ein „Schacherhandel“ getrieben worden sei, woran die „leitenden Teile jedoch unschuldig“. Daß das Resultat der gepflogenen Verhandlungen nicht im Sinn eines jeden Kollegen, sei der Macht der Verhältnisse zuzuschreiben, welche auch ihn gezwungen habe, sich unterzuordnen. Redner verbietet sich sodann über die Stipulierung und Festlegung des Tarifs, verurteilt das einseitige Vorgehen des Kollegen Gash als unantastlich und dessen persönliche Ausfälle gegenüber einzelnen Delegierten als unpassend. Bei der hierauf folgenden Debatte wird von der Versammlung die Stellung der Delegierten scharf kritisiert und das „devote“ Einverständnis mit der Prinzipalleitung gemißbilligt. Dergleichen spricht die Versammlung dem Kollegen Gash ihre „vollste“ Sympathie für sein „bis hierher und nicht weiter“ aus, protestiert aufs entschiedenste über die statutenwidrige Abschließung desselben durch die Gauvorsteherkonferenz sowie gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes und beschließt: „Die heutige Bezirksversammlung des Bezirks Elberfeld verlangt vom Vorstand des V. d. B. sofort eine Generalversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Der neue Tarif“, da sie nach den letzten Vorgängen das „Vertrauen“ auf eine „gerechte“ Sache nicht teilen kann. Wie weit in Wirklichkeit die Humanität und der Gerechtigkeits Sinn einzelner Prinzipale für die Bessergestaltung im Gewerbe (laut Tarifabmachungen) reicht, wenn der Geldbeutel in Frage kommt, dürfte durch Folgendes illustriert werden: Das Personal der Firma J. H. Born, Elberfeld (Neueste Nachrichten freisinniger Richtung) wurde wegen Aufkündigung von Ueberstunden bei der Geschäftslieferung vorstellig, eine Entschädigung von 15 Pf. für die Stunde einzuführen, was jedoch ablehnend beantwortet wurde. Da alle Vorstellungen nichts fruchteten, verweigerte das Personal jede Ueberstundenarbeit und stellte nach vorhergehender Druckereiverammlung die mit 19 Unterzeichrten vergebene Forderung betr. Einführung des 8er Tarifs auf, welcher seit Olms Zeiten für sie nur in der Fantasie bestand. Darob große Empörung im Lager des Freisinns, dessen Endresultat die sofortige Kündigung sieben verheirateter und eines ledigen Kollegen zur Folge hatte. Mgt weitere Kollegen erklärten sich daraufhin mit den Gemäßigten solidarisch und verließen Montag den 1. Juni ihre Plätze. Dank der schneidigen Prinzipalleitung und ihrer Helfershelfer, zu denen auch sechs Auchtologen gehören, welche ihre gegebene Zusicherung der Solidarität in den Wind schlugen, welche jederzeit bereit, „Maulwurfsarbeit“ zu verrichten, ist die Firma in der Lage, weiter auf Kosten der Arbeiter ihre gewohnte Konkurrenz zu treiben. Der „Humanität“ des Unternehmertums sind hierdurch 14 Mann, die zum Teile sechs bis zehn Jahre im Gewerbe thätig waren, zum Opfer gefallen.

**Hml. Flensburg, 14. Juni.** Die gestern Abend hier im Holsteinischen Hause tagende Mitgliedschaftsversammlung nahm unter anderem den Bericht des Kollegen Schwand über die Gauvorsteherkonferenz entgegen. Im Anschlusse hieran wurde Stellung zu den neuesten Tarifabmachungen genommen. Kollege Schwand gab zu dem im Verbandsorgan abgedruckten Protokolle der Konferenz sehr eingehende und klare Erläuterungen. In sachlicher Beziehung wurde der Tarifgemeinschaft das Wort geredet, indem dann doch eine feste Abmachung vorhanden sei, die auch bei schlechter Konjunktur ihre Gültigkeit behalte, was hauptsächlich für die Provinz von Bedeutung sei. Es wurden jedoch auch gegenteilige Ansichten laut, welche die Tarifgemeinschaft mit allen Anhängeln verwarfen und den bekannten Ausführungen Gash's zustimmten. Die Debatte erstreckte sich in verhältnismäßig ruhiger und sachlicher Weise bis gegen 3 Uhr morgens und zeltigte mehrere Resolutionen beider Richtungen, von denen die folgerde Annahme fand: „Die Versammlung der Buchdrucker Flensburgs und eines Delegierten aus Schleswig erklärt nach eingehender Information folgendes: 1. Unseren langjährigen, erprobten Hauptvorstandsmitgliedern, sowie sämtlichen Gehilfenvertretern, welche die neuen Tarifabmachungen mit geschlossen haben, sprechen wir unser volles Vertrauen aus, einsehend, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein Mehr nicht zu erreichen war und erwartend, daß für die energische Durchführung des Erreichten das Mögliche gethan werde. 2. In betreff der Gegenagitation des Corr.-Redakteurs Gash sind die Versammelten der Meinung, daß derselbe eine Taktik und Handlungsweise verfolgt, welche unsern Vorteil und den Interessen des Verbandes direkt entgegensteht. Die neuerlichen Auslassungen und Handlungen Gash's stehen mit den gelegentlich seiner Mitwirkung an den Tarifverhand-

lungen gethanen Schritten in vollstem Widerspruch. Die ganze unmotivierte Handlungsweise Gahs, durch welche der Hauptvorstand und sämtliche Gehilfenvertreter zu verächtlichen Lächeln, beweist, daß er sich von einer dem Verband als solchen nicht dienlichen Ansicht leiten läßt. Die Versammlung erwartet von der außerordentlichen Generalversammlung gründliche Remedur in der Corr.-Angelegenheit. Die Annahme der Resolution erfolgte mit 18 gegen 8 Stimmen, acht Kollegen enthielten sich der Abstimmung. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß der sehr späten Stunde wegen verschiedene Kollegen die Versammlung bereits verlassen hatten, von denen wohl behauptet werden kann, daß sie vorstehender Resolution zugestimmt hätten. Es wurde der Wunsch laut, daß die Abstimmungen an den verschiedenen Orten ebenso genau angegeben würden, sie würden dann oft ein andres Bild bieten. Die Auffstellung eines Kandidaten zur Wahl eines Generalversammlungsdelegierten wurde bis nächste Woche verschoben, da der Auffstellung unserer nach einer Lungenerkrankung noch rekonvaleszenten Kollegen Heilmann von verschiedenen Seiten widersprochen wurde.

**B-n. Westmünde-Premerhaven.** Zur Wahl des Delegierten im Gau Nordwest für die außerordentliche Generalversammlung nahm eine Mitgliederversammlung am Donnerstagabend Stellung. Der Vorsitzende, Kollege W. Grethen, stellte zunächst den Kostenpunkt der Streitigkeiten zwischen Döblin und Gahs den „Erzungenhaften“ unserer Vertreter für das einzelne Mitglied gegenüber und fand es unbegründlich, daß der Zentralvorstand einen Konflikt mit Gahs anbandelte, wo er doch zunächst die Pflicht hatte, den Mitgliedern Aufklärung zu geben und den Mitgliedern entgegenzutreten, welche vor Gahs gegen die Tarifgemeinschaft auftraten, wenn auch diese Gegnerschaft in einem noch so „faulen“ Nest aufwachte. Er rechtfertigt das Auftreten Gahs unter lebhafter Zustimmung gegen den Zentralvorstand vor der Bewegung der Mitglieder vor Augen führend. Im weiteren geht Redner an den Tarif, die Begründer (Gehilfen- und Prinzipalsvertreter) und die augenblicklichen Verfechter desselben ein, dabei den letzten Leiter (Albert Wagner-Berlin) freisprechend, dessen Verfasser die Versammlung ein kräftiges „Fui“ widmete, da er sich herausnahm, den Verbandsmitgliedern niedrige Gesinnung unterzuschleichen. Grethen behandelte sodann mit einigen abertönenden Worten das „Flugblatt“ des Zentralvorstandes als Propaganda für die Wahl der Vertreter zur Generalversammlung. Im weiteren geht Grethen unter Befehl der Versammlung auf alle Punkte ein, welche gegen die jetzige Tarifgemeinschaft sprechen, dabei immer das Wohl des Verbandes im Auge behaltend. Es wird sodann beschlossen, den Vorsitzenden des Bezirkes Weser-Elbe, Kollegen W. Grethen-Westmünde, als Kandidaten zur Wahl des Vertreters des Gaues Nordwest zur Generalversammlung aufzustellen. Sodann beschließt die Versammlung, den gewählten Vertreter des Gaues Nordwest zu folgenden Punkten zur Verteidigung auf der Generalversammlung zu verpflichten: 1. Die jetzige Tarifgemeinschaft als schädlich für die Gesamtheit abzulehnen, eventuell eine Abstimmung durch die Mitglieder herbeizuführen. 2. Eine Besprechung event. Beschlussfassung herbeizuführen, worauf es jedem Bezirke freisteht, in Zukunft auf eigene Kosten einen Vertreter zur Generalversammlung mit Stimmberechtigung zu delegieren. Gauvorstände und nichtgewählte Teilnehmer an der Versammlung haben nur beratende Stimme. Die Vertretung des Zentralvorstandes erfolgt auf Kosten der Allgem. Kasse. Die Kosten des einzelnen Vertreters trägt der betreffende Wahlbezirk. 3. Falls wider Erwarten (nach der Urabstimmung) die jetzige Tarifgemeinschaft zu Recht anerkannt ist, wird die Verbandsteuer für die Provinzkollegen (in Orten und Städten unter 20000 Einwohnern) entsprechend der Großstadt herabgesetzt. Nach Begründung dieser Punkte durch den Kollegen Grethen regt ein anderer Redner die Notwendigkeit der Revision des Verbandsstatus überhaupt an und findet damit allgemeinen Beifall.

**Gelsenkirchen.** Auch unsere Mitgliedschaft hat in der am Montag, 15. Juni, abgehaltenen Versammlung Stellung genommen zu dem unaufrichtigen Streite, der gegenwärtig alle Buchdruckerkreise in Bewegung hält. Kollege Helms-Steele hatte das Referat übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe unter reichem Beifalle. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Rednern gelangte bei 27 anwesenden Mitgliedern folgende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Gelsenkirchen protestiert entschieden gegen die in Berlin verabschiedeten Tarifabmachungen und wünscht von dem Gehilfenvertreter für Rheinland-Westfalen freiwillige Niederlegung seines Mandats, da ja der Prinzipalsvertreter der Section II den Tarif voll und ganz zur Einführung bringt. Eine endgültige Regelung resp. Einigung in der Streitfrage Döblin-Gahs erwarten wir von der demnächst stattfindenden Generalversammlung.“ Bei der Auffstellung der Kandidaten für die Generalversammlung wurde der Wunsch laut, daß sich auch die kleineren Städte aufreissen und ihre Kandidaten aufstellen sollten. Ein Antrag, welcher zur Generalversammlung gestellt werden sollte, einen Fonds von etwa 300000 Mk. festzusetzen, der zur Verwendung für invalide, frante und konditionslose Mitglieder dienen und zu je neu andern Zwecken verwandt

werden sollte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — Betreffs der Feyer eines Johannisfestes in diesem Jahr einigte man sich dahin, dasselbe durch einen Ausflug zu begehen. — Ferner wollen wir mitteilen, daß der Inhaber der kleinstädtigen Druckerei seinem Personale mit dem 1. Juli die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zugesichert hat, in den übrigen sieben zur fleißigen Mitgliedschaft gehörenden Druckereien ist den Gehilfen noch keine Zusage gemacht worden.

**E. Wg. Götta.** (Zur Delegiertenwahl.) Kollegen! Wiederum stehen wir vor einer Generalversammlung. Wiederum haben wir Männer zu wählen, welchen wir unser ganzes Wohl und Wehe in die Hände legen. Doch mit welcher freudigem Empfinden bilden wir dieser Generalversammlung entgegen, wird sie doch sämtlichen Gah und Haber, welcher jetzt die deutsche Kollegenchaft beunruhigt, begraben und neuer Friede und neue Eintracht wird das Band, welches die Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdruckergehilfen vereint, desto fester schlingen. Und diesmal wollen wir denjenigen Kandidaten unsere Stimme geben, von denen wir sicher und bestimmt wissen, daß sie unsere Ansicht voll und ganz vertreten und ihrer Pflicht bis zum Tüpfelchen überm i eingebend sind. Hauptsächlich den Mitgliedern der Provinzialität thut es not, sich wie ein Mann zu erheben und nicht zuzusehen, wie man ihnen mit schmeichelnden Worten glänzende Fesseln anlegt, die eine fünfjährige Gefangenenschaft bedeuten. Darum setet auf eurem Platz und gebt Männern eure Stimme, welche Rückgrat genug besitzen, die gesunden Ansichten ihrer Mandatgeber auf das äußerste zu verteidigen und euch nicht zu Mitgliedern zweiter Klasse degradieren. Kollegen; ruft euch die ganze Bewegung, die sich mit einem so kräftigen und harmonischen Akkord bei uns einführte und jetzt zum Schluß in einem so schrillen und häßlichen Ton ihren Abschluß fand, einmal von Anfang an vor Augen. Ihr könnt und dürft es nicht mehr zugeben, daß sich unsere so stolze Organisation auf das niedrige bemittelt. Laßt euch nicht beeinflussen von Personen, welche in ihrer Kurzsichtigkeit den Kollegen nicht so viel Vertrauen schenken, eine ihnen mit Recht zukommende Forderung in günstiger Zeit Schulter an Schulter unentwegt zu erkämpfen und zu erhalten, sondern sich mit den Broden begnügen, welche ihnen die Herren gnädigst mit heuchlerischem Lächeln im „süßlichen Einvernehmen“ zukommen lassen. Erheben wir uns nicht alle wie ein Mann und rufen unsere Delegierten nicht kampfbereit zur Generalversammlung aus, um den Volo, die neue Tarifgemeinschaft, mit Stumpf und Stiel zu vernichten, so sind wir „geßlig“ Gehilfen weitere fünf Jahre in der Gewalt unserer Herren Prinzipale und die Fuchtel wird drohen denn je über unsere leichtgläubigen Häupter geschwungen werden.

**r. Hamburg.** (Versammlung am 17. Juni.) Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Bericht vom Gewerkschaftsartell; 3. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Berlin; 4. Auffstellung von Kandidaten zur Generalversammlung und Anträge zu derselben. Der Vorsitzende Wabersky gibt bekannt, daß die Kollegen C. F. W. Schulze, Weymann und Beder gestorben, drei Kollegen seit der letzten Versammlung ausgenommen und der Kollege Reich Invalide geworden ist. Letzterer gehörte seit 1838 unserer Organisation an, also 58 Jahr, und ist wohl somit das älteste Mitglied unser Verbandes. Den jungen Kollegen können wir zurufen: „Nehmt euch ein Beispiel an diesem Vorkämpfer, der 58 Jahre lang treu und unentwegt unsre Fahne hochgehalten; der noch in seinen alten Tagen in jeder Weise für seine Kollegen eingetreten ist“, deshalb wünschen wir ihm auch einen sorglosen, glücklichen Lebensabend. Den Bericht vom Kartell, an welchen sich eine kurze Diskussion schloß, erstattete Kollege Benschneider. Der vierte Punkt rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Kollegen Andreas, Benschneider, Voße, Klingner, Mollenbutz und Stengele. Das Produkt dieser zweifelhaflichen Debatte war die nachstehende von Kollegen Stengele und Hunge eingebrachte Resolution, welche gegen nur wenige Stimmen angenommen wurde. „Die Versammlung der Buchdruckervereine in Hamburg-Altona (Gau Hamburg-Altona) vom 17. Juni spricht die Erwartung aus, daß die Delegierten zur Generalversammlung sich nach folgenden Grundfragen richten: 1. Die Tarifgemeinschaft ist zu verwerfen; Abmachungen auf längerer Dauer als ein Jahr dürfen nicht getroffen werden. 2. In Hinsicht der Differenzen zwischen Zentralvorstand, Gauvorständen und Gehilfenvertretern einerseits und dem Rebatteur des Corr. andererseits ist das Verhalten des letzteren zu billigen. Keinenfalls darf Ablegung des Rebatteurs erfolgen, weil derselbe von dem Rechte der freien Meinungäußerung Gebrauch gemacht hat. 3. Zentralvorstand und Gauvorstände haben für die Zukunft, sofern nicht zwingende tatsächliche Gründe es erforderlich machen, geheime Konferenzen zu vermeiden, jedenfalls aber sofort für genügende Berichterstattung zu sorgen.“ Anträge zur Statutenänderung wurden zwei eingebracht: 1. Zu § 1b, Zeile 2, „vom Vorstande des Verbandes“ zu streichen und dafür zu setzen: „vom Verbands“. 2. Zu § 32 „die Durchführung der gefassten Beschlüsse geschieht nach erfolgter Urabstimmung unter den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“. Der dritte Punkt der Tagesordnung mußte der vorgedruckten Zeit halber bis zur nächsten Versammlung verschoben werden.

**Hamburg.** Auf zur Wahl zur Generalversammlung! Wählt Kollegen, welche Ablehnung der Tarifgemeinschaft fordern. — Wählt Kollegen, welche un-

beschränkte Preßfreiheit für unsern Corr. fordern. — Wählt Kollegen, welche neunstündige Arbeitszeit mit 15 Proz. Lohnerhöhung fordern. — Wählt Kollegen, welche praktisch am Kasien arbeiten. — Wählt Kollegen, welche auf dem Tarifgebiete Fähigkeit und Erfahrung besitzen. — Wählt Kollegen, welche kein hohes Einkommen haben. — Wählt Kollegen, welche den Hamburger Konservativen Anschauungen energisch entgegengetreten. — Wählt Kollegen, welche auf internationalem Boden stehen. — Wählt niemals zwei Kollegen aus einem und demselben Geschäft. — Wählt Kollegen, welche das Herz auf dem richtigen Fleck haben, damit auch ein greifbares Resultat erzielt wird. Unsere Parole sei neunstündige Arbeitszeit einschl. eine Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause und 15 Prozent Lohnerhöhung. Hoch der Verband! Hoch die Solidartät!

**e. Hamm i. W.** (Delegiertenwahlen zur Generalversammlung.) Um aus dem Sumpfe herauszukommen, in den wir geraten sind, müssen wir zur Generalversammlung Delegierte mit gebundenem Mandate schicken, damit endlich eine andre Taktik eingeschlagen wird. Gauvorstehern (auch solchen, die inzwischen von ihrem „überlaideten“ Amt erlöst worden sind), Gehilfenvertretern (auch solchen, welche die Lokalaufschlags-Anträge fallen ließen und die Einführung des Tarifs der Prinzipalsvertreter vertrauensvoll überlassen haben) und Anhängern der famosen Tarifgemeinschaft können wir unsere Stimmen nicht geben; das hieße Euler nach Alhen tragen. Jetzt heißt es, dem Zentralvorstande zu zeigen, daß es nicht vereinigte „Schreyer“ sind, welche diese Tarifmache nicht billigen, sondern daß es das Gros der Gehilfenchaft ist, mit welchem man zu rechnen hat. Wenn die Führer in fünf Jahren keine schlagfertige Armee heranzubilden können, so wird es denselben auch nie vergönnt sein, einen Sieg zu erringen. — Meines Erachtens wäre es am zweckmäßigsten, wenn die verschiedenen Ortsvereine Versammlungen abhielten, in welchen zu Delegierten geeignete Kollegen vorgeschlagen und als aufzustellende Kandidaten dem Gauvorstande schleunigst mitgeteilt und von diesem den Mitgliedern mit Stimmzetteln durch die Bezirksvorstände unterbreitet würden. Jedes Mitglied in unserm Gau (Rheinland-Westfalen) kann sich alsdann fünf Namen auswählen. Die Feststellung des Wahlergebnisses müßte in Eisen in einer Versammlung stattfinden. — Die Delegierten müßten sich verpflichten, gegen jede Tarifgemeinschaft zu stimmen, sowie dafür einzutreten zu wollen, daß: 1. Der Verband für seine Mitglieder die Arbeitszeit, die Mindesthöhe der Entlohnung und die Lokalaufschläge (Feuerungszulage) selbst festsetzt und auch diese Forderungen durchzudrücken sucht, indem wir den St. Nimmerleinstag, an welchem die Prinzipale den Tarif einführen wollen, nicht abwarten wollen; 2. Die Karenzzeit für die Unterstützungsberechtigung am Orte herabgesetzt wird, bei möglicher Erhöhung der Unterstützung, um das Reisen allmählich abzuschaffen (denn es dürfte jedem schon öfter und längere Zeit gereisen Kollegen hinlänglich bekannt sein, daß heutzutage bei dem Reisen weder für den Verband noch für den Reisenden selbst etwas herauspringt; ganz abgesehen davon, daß es leider viele Prinzipale gibt, die einen auf der „Walze“ befindlichen Buchdrucker gar nicht engagieren); 3. Arbeitsnachweise nach Gauen einzurichten, welche mit der Zentralleitung in Verbindung stehen müssen, um Angebot und Nachfrage für den ganzen Verband regeln zu können.

**-o. Aus dem Gau Hannover.** Am Donnerstag, 11. Juni, fand in Hannover eine Bezirksvorsichters-Konferenz statt, zu welcher außer den Bezirksvorsichtern noch weitere Verbandsfunktionäre aus der Provinz erschienen waren. Welchen Zweck diese Konferenz haben sollte, ist ja allen Kollegen, welche davon wußten, klar. Das Mandat ist aber nicht geklärt, die Bezirksvorsichters haben die Willensäußerung ihrer Mitglieder respektiert und die Tarifgemeinschaft verworfen. Wie der Gauvorstand dazu kam, diese Konferenz an einem Arbeitstag abzuhalten, wodurch sich die Lasten noch bedeutend erhöhen, mag den Uneingeweihten nicht erklärlich sein. Wir glauben den Grund aber zu kennen. Die Bezirksvorsichters sollten noch vor den Wahlen gefördert werden, da nun aber am 21. Juni in Hannover das Johannisfest abgehalten wird, so konnte nur der 14. Juni in Frage kommen; an diesem Sonntag war aber Kollege Klapproth für die Verbandsache der Buchdrucker nicht zu haben, wohl aber für den Verband der Bürgervereine der Provinz Hannover, wo er, wie bürgerliche Blätter melden, in Hildesheim als Delegierter für die „Interessen der Arbeiter“ sich ins Geschäft legte. Dem vielseitigen Kollegen Klapproth blieb also, um sein Ziel zu erreichen, nichts andres übrig als die Konferenz Wochentags abzuhalten. Die Mittel hierzu sind ja vorhanden; wozu auch das viele Geld; wir leben ja im Zeitalter der Seelenharmonie zwischen Prinzipalen und Gehilfen. Kollegen, ihr seht, wie man von allen Seiten bemüht ist, euch den Strich zu drehen, bleibt fest in euerem Entschluß und gebt solchen Leuten den Laufpaß, welche längst nicht mehr gewohnt und gewöhnt sind, mit uns zu kämpfen.

**P. Hannover.** (Ein offenes Wort. Zu den Wahlen.) Wenn man bedenkt, daß es in erster Linie zur Erlebung der schwebenden Angelegenheiten darauf ankommt, Personen und Sachen, die hier so eng miteinander verbunden, streng voneinander zu trennen, so ist es bestreblich, warum man in Verfolge der ersten Frage, in der Tarifangelegenheit, sich zum Bescheiden

des Weges nicht hat einigen können, der direkt zum Ziele geführt haben würde, wir meinen denjenigen der Umgehung, sondern dem indirekten Wege der Generalversammlung den Vorzug gegeben hat. Durch eine Abstimmung würde die Personfrage in den Hintergrund, die sachliche dagegen in den Vordergrund getreten sein. Das wäre wesentlich gewesen. — Die Mitglieder hätten zunächst ihre Stimme verantwortungsvoll nur für die Sache abgegeben, was dem Verlaufe der ganzen Bewegung entsprochen hätte. Das Resultat dieser Abstimmung würde jedoch im wesentlichen auch die Richtschnur für den weiteren Verlauf und Verlauf dieser und der zum Teile davon abhängigen zweiten Frage gewesen sein. Durch dieses Verfahren wären Klärungen nicht ausgeschlossen gewesen. — So, wie die Sache jetzt liegt, wo Personen und Sachen wiederum miteinander verbunden worden sind, muß man als Mitglied verlangen, daß mit den zur Wahl vorzuschlagenden Delegierten auch deren Standpunkt für oder gegen Annahme des Tarifs unabweisend festzulegen wird. Hinsichtlich der zweiten Angelegenheit oder des zweiten Punktes der Tagesordnung hätten die Eventualitäten der Wahl (Wahl von bei den Tarifberatungen thätigen Personen), die schon ein „Für und Wider“ gegigelt haben (siehe Gauvorsteherkonferenz und Erwiderung des Redakteurs), nichts zu Beunruhigendes, wenn man ihnen das kritische Moment durch strenge Trennung von Person und Sache nehmen würde. Dies hätte dadurch geschehen, daß die aktive Rolle mit der passiven vertauscht würde, sobald es zur Abstimmung käme, d. h. daß die betreffenden Personen sich einfach der Stimmgabe in der Entscheidung zu enthalten hätten, während durch Rede und Gegenrede der streitenden Parteien, um mich so auszudrücken, der Gang der Behandlung der Angelegenheit wesentlich erleichtert würde. Als Mitglied könnte man also der Sache halber nicht Abwesenheit, sondern eher Anwesenheit der betreffenden Personen wünschen. Zweck dieser Zeilen ist nicht, Zweideutigkeiten wachzurufen, sondern diese zu zerstreuen.

**Harburg, 19. Juni.** Die zu gestern Abend einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Harburg beschäftigte sich zunächst mit den Delegiertenwahlen zu der demnächst stattfindenden Generalversammlung und stellte nach einigen persönlichen Aufklärungen den Kollegen Borbauer einstimmig als Kandidaten auf, ihm anheimgebend, falls er bei der bevorstehenden Abstimmung im Gau Hannover gewählt würde, für strikte Verwerfung der Berliner „Tariffrage“ Sorge zu tragen. Nach der Diskussion, in welcher verschiedene Redner die Handlungsweise Böblins einer scharfen Kritik unterzogen und gegen eine Beschnidung der freien Meinungsäußerung im Corr. opponierten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich energisch gegen die Abmachungen des Tarifauschusses und spricht dem Kollegen Gajch ihr Vertrauen aus. Sie fordert sowohl den Zentralvorstand wie auch den Bezirksvertreter des Kreises I auf, ihre Ämter niederzulegen.“ — Dann wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Ortsverein Harburg stellt bei dem Bezirksvorstande den Antrag, so bald als möglich, spätestens aber vor der Delegiertenwahl zur Generalversammlung, eine Bezirksversammlung einzuberufen.“

**Heidelberg, 14. Juni.** In der gestern abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Bezirksvereins stand auch die Stellungnahme zu den Tarifabmachungen zur Debatte. Nach einer lebhaften Diskussion gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Heidelberg kann sich mit den gepflogenen Tarifabmachungen in Leipzig bezw. Berlin nicht einverstanden erklären und fordert die Gehilfenvertreter auf, ihre Mandate niederzulegen.“ — Des fernern kamen auch die zwischen dem Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern gegen Gajch bestehenden Differenzen zur Sprache. Es wurde von der Versammlung lebhaft bedauert, daß diese Angelegenheit in eine so unerquickliche Polemik ausgeartet sei, wodurch nicht nur das Ansehen unserer Organisation mit leide, sondern auch den Gegnern des Verbandes Waffen in die Hand geliefert worden seien. Es solle doch in Zukunft vermieden werden, daß der Corr. zum Tummelplatze derartiger Auslassungen gemacht wird, wie dies in letzter Zeit der Fall war. Die Mitgliedschaft Heidelberg verspricht sich von der außerordentlichen Generalversammlung, daß eine Klärung der Sache zu Nutz und Frommen unserer Organisation zu Stande komme und wieder der Geist der Einigkeit in unsere Reihen einkehre. — Bei dieser Gelegenheit sei den reisenden Kollegen hierdurch noch mitgeteilt, daß sich der Fremdenverkehr nicht mehr in der Goldenen Glode, sondern im Hotel Böwen (Zentralherberge der Gewerkschaften), Hspelgasse, befindet. Der Corr. wird daselbst aufgelegt.

**Hönningsberg, 14. Juni.** Die am 13. Juni im Saale der Jubiläumshalle stattgehabene Generalversammlung hatte u. a. die Verichterstattung über die Gauvorsteherkonferenz in Berlin und Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zu der außerordentlichen Generalversammlung auf dem Programm. Aus diesem Anlaß war dann auch eine große Zahl von Kollegen erschienen, um den Vortrag unseres Gauvorstehers, Herrn Duesell, entgegen zu nehmen. Nachdem derselbe in klarer und sachlicher Weise die durch die Schaffung eines neuen Tarifs und der damit verbundenen Tarifgemeinschaft, sowie die durch das Vorgehen des Kollegen Gajch hervorgerufene Situation eingehend geschildert hatte, stellte er die ganze Angelegenheit zur freien Diskussion. — An derselben Be-

teiligten sich, wie fast überall, Redner, die voll und ganz für Herrn Gajch, sowie auch solche, die für den Zentralvorstand eintraten. Der überwiegende Teil der Redner gehört der letztern Richtung an. Nach Schluß der Diskussion gelangte dann folgende, von mehreren Mitgliedern unterzeichnete Resolution mit über Zweidrittel Mehrheit zur Annahme: „Die am 13. Juni tagende ordentliche General-Versammlung der Buchdrucker Königsbergs erblickt in dem Vorgehen des Herrn Redakteur Gajch eine schwere Schädigung der Gesamtinteressen des Deutschen Buchdrucker-Verbandes und erklärt sich mit den Beschlüssen der Gauvorsteher-Konferenz solidarisch.“ Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zu der demnächst stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung, hat der Gauvorsteher, auch in dieser Hinsicht den Mitgliedern den freiesten Spielraum zu lassen und von der alten Gegebenheit, den Gauvorsteher zu delegieren, möglichst abzusehen, weil derselbe doch von den Mitgliedern als durch die Gauvorsteher-Konferenz beeinflusst, angesehen würde. Er empfahl wenigstens zwei Kandidaten aufzustellen, um der Opposition gerecht zu werden. Diese Ansicht wurde von vielen Mitgliedern geteilt und die Herren Duesell und G. Neumann vorgeschlagen. Der dritte Punkt der Tagesordnung: Vorschläge zur Wahl des Gauvorstandes und der Revisoren, fand schnelle Erledigung durch den Vorschlag der Wiederwahl des bisherigen Gauvorstandes, die auch durch einstimmigen Beschluß der Versammlung beschränkt wurde. Die amtierenden Kollegen erklärten sich zur Annahme des Amtes ebenso bereit wie die Revisoren; einer der letzteren mußte, da derselbe erkrankt, durch einen Ersatzmann ergänzt werden. — Nach Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung: Offene Fragen, schloß der Vorsitzende die vier und einviertelstündige Versammlung um 1/4 Uhr nachts.

**Leipzig, 18. Juni.** Dem in Nr. 68 enthaltenen offiziellen (d. h. vom Vorstande stammenden) Versammlungsberichte habe ich einiges anzumerken. Der Antrag der freien Versammlung, den Gesamtvorstand um Niederlegung seiner Ämter zu ersuchen, wurde von mir mit all den Gründen vertreten, die sich in jener freien Versammlung in der Diskussion ergeben hatten. Da der Vorstandsbericht diese Gründe nur ungenügend wiedergibt und sie teilweise sogar unterdrückt, will ich dieselben zwecks besserer Vertretung von Licht und Schatten hier wiedergeben: 1. Der Vorstand habe die Mitglieder geflissentlich ununterrichtet gelassen hinsichtlich der Tariffrage; 2. müsse der Vorstand deshalb Anhänger der Tarifgemeinschaft sein; 3. habe der Vorstand die Eichelherche Intrigue bezüglich der auf der Obermüpter geheimen Konferenz geplanten Tarifauschusses stellvertreterwahl gekannt und gebudet. — Als dann der Vorstand die Erklärung abgegeben, daß er nicht auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehe, habe ich nicht, wie es im Vorstandsberichte heißt, diese Erklärung angezweifelt, sondern betont, sie genüge mir nicht, da es jetzt wohlfeil sei, eine solche Erklärung abzugeben, nachdem die übergroße Mehrheit der deutschen Kollegen sich gegen die Tarifgemeinschaft gewendet habe. Ich forderte vom Vorstande auch nicht hinsichtlich eines „Neueingangs“, wie Herr -ch- in dem Vorstandsberichte behauptet, sondern ein Eingeständnis der begangenen Fehler. Ich erklärte mich bereit, in diesem Falle meinen Antrag zurückzuziehen. — Der offizielle Bericht ist auch insofern ein Muster von Objektivität, als er die Ausführungen der Vorstandsgegner nur bruchstückweise zitiert, dagegen die Reden der dem Vorstande freundlich gesinnten Kollegen mit möglichster Breite wiedergibt. Otto Kressin.

**Liegnitz, 18. Juni.** (Zur Wahl.) In der letzten Nr. des Corr. magst sich ein Kollege -e- von hier an, zu schreiben: „... Die Kollegen in Liegnitz sind streng dafür, keinen Gauvorsteher oder Beamten des Vereins zu wählen, der nicht zur Fahne des Kollegen Gajch hält.“ Ich möchte nun Kollegen -e- fragen, wer ihm zu solch einer Schreibeise das Recht gegeben hat? Liegnitz jedenfalls nicht! Denn wenn auch in der Extraversammlung vom 4. d. M. die veröffentlichte Resolution „einstimmig“ angenommen worden ist, so muß dazu bemerkt werden, daß sich mehrere Kollegen der Abstimmung enthielten, ein großer Teil aber überhaupt nicht erschienen war. Und selbst von denjenigen, welche für die Resolution gestimmt haben, sind schon einige bereits anderer Meinung geworden. Kollege -e- magst sodann einen Vorschlag zur Wahl und bemerkt dazu, daß Glogau, welche Stadt einen Vertreter nicht aufstellen soll, sich dafür „bei Schliebs bedanken“ möge. Nun, ich hoffe, das werden die Glogauer Kollegen auch thun, und zwar dadurch, daß sie, wie auch anderwärts, die von Breslau vorgeschlagenen „Für“-Kandidaten Anders, Henze, Schlag und Schliebs mit großer Mehrheit wählen. Liegnitz hat überhaupt keine Veranlassung, sich gegen die Gehilfen- bzw. Gauvertreter zu wenden, das hat Kollege Gauvorsteher Schlag in der letzten Bezirksversammlung die noch vor den Leipziger Verhandlungen hier selbst stattfand, zur Genüge erfahren müssen. Und nun auf einmal so?! — Mit offenem Blicke. H. K. a. u. p.

**Ludwigschafen.** Die am 14. Juni hier abgehaltene Bezirksversammlung des Bezirksvereins Ludwigschafen zählte nach äußerst lebhafter geführter Debatte folgende Resolution: „Die heutige Versammlung bedauert aufrichtig den Konflikt zwischen Zentralvorstand und Corr.-Redaktion und sieht eine befriedigende Lösung nur darin, daß sowohl der Zentralvorstand wie auch der Redakteur Gajch von ihrem Amte zurücktreten.“ Gleichzeitig stellte die Versammlung für den Gau Württemberg folgende Kandidaten zur Delegiertenwahl für die außerordentliche

Generalversammlung auf: Benzel Ludwigshafen, Gerlach Frantenthal und Haas Mainz. Als Stellvertreter Worm-Ludwigshafen, Keller-Mannheim, Hildebrandt-Darmstadt.

**Warburg, 17. Juni.** In gefriger Nummer des Correspondenten entrußt sich Herr Schliebs aus Glogau darüber, daß kleine Mitgliedschaften wie z. B. Warburg über unsere Hauptleitung herzufallen sich erlauben. Wir können es getrost den Kollegen überlassen, den richtigen Ausdruck dafür zu finden, daß ein Mitglied für seine persönliche Ansicht drei Spalten des Correspondenten für sich in Anspruch nimmt, einer Mitgliedschaft aber, selbst wenn es eine kleine ist, das Recht abspriecht, in ein paar Zeilen ihrer Meinung Ausdruck zu geben, weil sie der unjener „Führer“ entgegensteht.

**Weizen, 20. Juni.** Gestern Abend fand hier eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauvorsteher Kollege Benzelsche-Dresden über die heutige Lage sprach. Nach ziemlich lebhafter Debatte gelangte folgende Resolution gegen fünf Stimmen zur Annahme: Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Weizen erklärt, nur solchen Kandidaten zur Generalversammlung ihre Stimme zu geben, die sich auf eine Verwerfung der Tarifgemeinschaft in der vorliegenden Form verpflichten. Sie unterstützt zu diesem Behufe die Kollegen Golds- und Siederer-Mann-Dresden und Haubold-Weizen.

**Offenbach a. M.** Die gestern hier abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung lehnte eine vorstandsseitig gestellte Resolution, zu Gunsten des Zentralvorstandes und der Wahl von Delegierten für die Tarifgemeinschaft lautend, ab.

**Oppeln.** Die Mitgliedschaft Oppeln richtet an die gesamte deutsche Kollegenchaft die Bitte, bei den bevorstehenden Wahlen zur Generalversammlung weder die Gauvorsteher noch die zur Tarifberatung gewählten Vertreter mit einem Mandate zu betrauen. Es muß durchaus ausgeschlossen sein, daß die Generalversammlung zu einer Gauvorsteherkonferenz herabfinke, sondern es dürfen nur an der ganzen Angelegenheit Unbeteiligte zur Generalversammlung entsandt werden, damit dort volle Klarheit geschaffen wird. Für Breslau schlagen wir den Kollegen Geyher vor. — In dem Bericht über die letzte Bezirksversammlung hat sich insofern ein Fehler eingeschlichen, als im vierten Quartal 1895 nur 620,58 Mk. an den Kassierer gelangt wurden.

**Osterrath-Thüringen.** Der Ortsverein Hildburghausen steht auf dem Standpunkte des Kollegen Wagner-Berlin, wie dieser ihn im Leitartikel in Nr. 68 des Corr. klar gelegt hat. Deshalb mögen alle, die so denken, bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nur solchen Kollegen ihre Stimme geben, welche unbeeinträchtigt von politischen Strömungen, für die Tarifgemeinschaft und für eine besonnene Führerschaft unserer Organisation eintreten. Als Kandidat in diesem Sinne ist vom Ortsverein Hildburghausen vorgeschlagen Kollege Spröhsig, Hildburghausen.

**Wärzburg.** Bei der am 17. Juni stattgehabten Mitgliederversammlung wurden als Delegierte für Würzburg zur Generalversammlung die Kollegen Kaufmann und Fülle in Vorschlag gebracht. In dieser Versammlung gelangte noch folgende Resolution zur Annahme: Die heutige Versammlung erklärt: Als Vertreter zur außerordentlichen Generalversammlung können aus dem Gau Bayern nur solche Kollegen gewählt werden, die gegen die Tarifgemeinschaft sich erklären. Die Versammlung verzichtet aus dieser Erwägung darauf, ihrerseits mehr als 2 Delegierte vorzuschlagen, erklärt aber, daß sie denjenigen bayerischen Vertreter als solchen desavouiert, der für die Tarifgemeinschaft eintritt. Ferner wurde noch beschlossen, diese Resolution den andern bayerischen Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen.

**Winterthur.** Am 16. Juni versammelten sich auch hier die dem Deutschen Buchdruckerverband angehörenden Typographen von Winterthur und Wülflingen im Restaurant Gumbrius, um über die momentane Bewegung in Deutschland ebenfalls ihre Meinungen auszusprechen. In der lebhaften Diskussion trat hauptsächlich die Ansicht zu Tage, daß nicht Herr Gajch an der augenblicklichen Bewegung schuld trage, sondern die Verbandsleitung und Gehilfenvertreter, ihnen könne der Vorwurf nicht erspart werden, ihre übernommenen Pflichten in feiner Weise erfüllt zu haben. Es wurde tief bedauert, daß die stattgefundene Gauvorsteherkonferenz sich über die Meinung der Gehilfenschaft mit leichtem Herzen hinwegsetzte. Die Versammelten waren der Ansicht, daß, nachdem am 24. Oktober 1891 die Tarifgemeinschaft auf Rimmerwiedersehen mit Glanz zu Grabe getragen wurde, die jetzt von den Gehilfenvertretern ohne Auftrag acceptierte, nur den Prinzipalen nutzbringende Tarifgemeinschaft eine Beleidigung für die gesamte Gehilfenschaft ist. Schließlich gelangte die von den Züricher Kollegen empfohlene Resolution mit untenstehendem Zusatz einstimmig zur Annahme: „... Im weitern spricht die Versammlung ihre Verwunderung aus über die bei der Gauvorsteherkonferenz gegen Herrn Gajch zu Tage getretenen einseitigen Aeußerungen, welche laut Protokoll darin gipfeln, als ob die organisierte deutsche Gehilfenschaft den die „Allgemeinheit“ vertretenden Gehilfenvertretern zu Danke verpflichtet sein sollten.“ Folgen 10 Unterschriften.

#### Briefkasten.

Schl. in Bielefeld: Wenn Einsendung Inserat, dann Betrag (50 Pf.). — Schl. in München: 1,00 Mk. — S. in Augsburg: 1,30 Mk. — S. in Worms: Woreck-Be- trag, 1,25 Mk., einleiden.

Kandidatenvorschläge können, wenn telegraphisch mitgeteilt, noch zum Teil in die Mittwochnummer kommen. Der heutigen Nummer liegt ein Flugblatt bei, von dem wir zur Wahlagitacion auf Bestellung Partien versenden.

**Verbandsnachrichten.**

**Gau Nordwest.** Als Delegierte zur Generalversammlung sind aufgestellt: Diermann-Bant, Rosenlechner-Bremen. Als Stellvertreter: F. Rhein, A. Hofmann-Bremen.

**Statistik der Krankheits- und Sterbefälle im Jahr 1895 im Verbands der Deutschen Buchdrucker.**

a) Krankheitsfälle.

Kopf-, Brust- und Lungenkrankh.	Stieber u. Rheum-Krankheiten	Gehirn- u. Rückenmarktskrankheiten	Wagen-, Darm- u. Magenkrankh.	Herzkrankh.	Geheirn- u. Rückenmarktskrankh.	Nieren-, Blasen-, Harn- u. Genital-, Syphilis	Erbsen	Ohne Angabe	Zufammen	Summa der Krankheitsfalle	Stiernde Mitglieder im Quartal	
763	64	23	280	267	59	357	95	789	145	2842	6364	18922
647	100	21	295	266	61	331	79	194	72	2066	5426	19591
734	127	28	517	219	65	390	70	39	72	2261	6087	119713
688	93	24	379	205	58	322	94	90	38	1991	4855	120510

b) Sterbefälle. Gestorben sind im Jahr 1895 insgesammt 179 Mitglieder (1. Qu. 54, 2. Qu. 59, 3. Qu. 31, 4. Qu. 35). Hiervon waren im Alter von

19 Jahren	5, 20 " 10, 21 " 11, 22 " 10, 23 " 6, 24 " 6, 25 " 7, 26 " 7, 27 " 7, 28 " 8, 29 " 3, 30 " 4, 31 " 1, 32 " 8, 33 " 3,	34 Jahren	7, 7, 7, 5, 4, 3, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2, 2,	50 Jahren	2, 2, 3, 1, 1, 3, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1,
-----------	---	-----------	---	-----------	---

Krankheiten, an welchen die 179 Mitglieder gestorben sind: Brust- und Lungenkrankheiten . . . 106, Magen- und Darmkrankheiten . . . 11, Herzkrankheiten . . . 5, Gehirn- und Rückenmarktskrankheiten . . . 5, Nierenkrankheiten . . . 4, Verbergiftung . . . 4, Grippe . . . 4, Schlagfluß . . . 3, Wunden und Geschwüren . . . 3, Zuf. 179.

Kehlkopfkrankheiten . . .	3,
Gicht und Rheumatismus . . .	3,
Blutvergiftung . . .	2,
Selbstmord . . .	2,
Alterschwäche . . .	1,
Mundseuche . . .	1,
Geschichtstrebs . . .	1,
Zuckerkrankheit . . .	1,
Nikotolvergiftung . . .	1,
Berunglückt . . .	1,
Ohne Angabe . . .	18,

**Dessau.** Die Anhaltische Buchdruckerei Gutenberg (E. G. m. b. H.) ist wegen fortgesetzter Mahregelung der Verbandsmittglieder, insolge ihrer Zugehörigkeit zum Verbands, geschlossen. Mitglieder, welche dabelst in Kondition treten, haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

**Frankfurt a. M.** Die Herren Vertrauensmänner und Unterassistenten, wie die Einzelmittglieder wollen rechtzeitig vor Quartalschluss das Abonnement auf den Corr. bei der Post bewertstellen und die Abonnementquittung bei Ablieferung der Beiträge mit dem Kassierer vorrechnen. Im Laufe des Quartals überflüssig werdende Exemplare sind Postgasse 4 (Emmert) behufs Ausgleichs zu dirigieren.

**Halle a. S.** Das Buch des Druckers Karl Looze (1153 Saale) aus Gröfenhainichen (Hptb.-Nr. 26920) wird hiermit für ungültig erklärt. L. arbeitet in einem andern Beruf und gibt, trotz vielfacher Aufforderung, keine Auskunft über den Verbleib des Buches, so daß anzunehmen ist, es könnte Mißbrauch damit verübt werden. Im Falle des Vorzeigens ist das Buch abzunehmen und an J. Thomas, Unterstraße 15, einzusenden.

**Karlsruhe.** Zu Generalversammlungsvertretern sind von der hiesigen Mitgliedschaft für den Gau Oberrhein vorgeschlagen: Felix Kirsten, Karlsruhe, als Stellvertreter Val. Klepper-Freiburg. Die Mitglieder des Gauces werden gebeten, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In **Dessau** der Seiger Karl Engel, geb. in Harburg a. E. 1875, ausgel. in Magdeburg 1893; war schon Mitglied. — Max Frank, Chaponstraße 29.

In **Emmendingen** der Seiger Adolf Fuchs, geb. in Ravensburg 1877, ausgel. das. 1895. — In **Staufen** der Seiger Karl Armbruster, geb. in Freiburg i. B. 1877, ausgel. das. 1895; waren noch nicht Mitglieder. — A. Goldschagg in Freiburg i. B., Käselestraße 22.

In **Freiburg i. B.** der Seiger Karl Naumann, geb. in Wehrstätt 1872, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. — W. Klepper, Scheffelstraße 25.

In **Frankfurt a. M.** 1. der Seiger Wihl. Heinrich, geb. in Frankfurt a. M. 1877, ausgel. das. 1896; die Drucker 2. Wihl. Cremer, geb. in Bodenheim-Frankfurt a. M. 1876, ausgel. in Frankfurt a. M. 1895; waren noch nicht Mitglieder; 3. Georg Launer, geb. in Breslau 1864, ausgel. das. 1885; war schon Mitglied. — L. Dorisch, Bürgerstraße 12.

In **Gera** der Maschinenmeister Richard Krauß,

geb. in Schwarzberg 1874, ausgel. das. 1893; war noch nicht Mitglied. — B. Brehm in Gera, Bauvereinsstraße 14.

Zu **Osterrück a. S.** der Seiger Karl Ernst Ditz, geb. in Löbau bei Weiskensfeld 1875, ausgel. in Leipzig 1893; war noch nicht Mitglied. — Wihl. Schulze in Halberstadt, Lichtengraben 17.

In **Saalfeld** der Seiger Rudolf Escher, geb. in Saalfeld a. S. 1873, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. — Adolf Wolf in Jena, Jenergasse 26.

In **St. Johann (Saar)** der Seiger Jakob Kern, geb. in Sobernheim 1864, ausgel. in Rinn 1883; war schon Mitglied. — H. Madenach in Saarbrücken, Megestraße 17.

**Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Hiel.** Der Seiger Hans Kühnbaum aus Gaarz a. O., Buch Obergau Nr. 186, wird um Mitteilung seiner Adresse gebeten behufs Uebermittlung des von seinem Reisegefährten in Dänemark nummehr zurückgezählten Geldes. — F. Goesch, Jungmannstraße 23, II.

**Konstanz.** Die reisenden Kollegen machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß sich der Fremdenverkehr für Buchdrucker nur im Neuen Schiffe, Salmansweilergasse, befindet und mögen sich die Kollegen nicht durch anderweitiges Irritieren lassen.

**Regensburg.** Beim hiesigen Reisekasseverwalter Jean Haupt liegt für den Seiger Alois Palars eine Postanweisung, Brief und Korrespondenzkarte aus Budapest.

**Abrechnung vom 1. Quartal 1896.**

Kassen	Seifer bestand am 31. Dez. 1895		Einkünfte		Ausgaben		Seifer bestand am 31. März 1896	
	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	
Allgemeine Kasse	21277,56	3207,85	2496,08	21989,33				
Kranken-(Zuschuß-)Kasse in Uq. . .	5718,62	15,85	453,-	5281,47				
Invalidentafel . .	42420,42	671,80	252,80	42839,42				
Summa	69416,60	3895,50	3201,88	70110,22				

Reiseunterstützung: An Tagegeldern wurden verausgabt: An 19 Reisende 82 Wrt. für ebensoviele Tage (à 1 Wrt.); an 5 Reisende 12 Wrt für 16 Tage (à 0,75 Wrt.); Summa 94 Wrt. — Konditionslosenunterstützung: 6 Mitglieder 207 Wrt. für ebensoviele Tage. — Mahregelungs- und sonstige Unterstüftung: 806,80 Wrt. — Abreisegehalt: an 7 Mitglieder 115 Wrt. — Unterstüftung an vorübergehend Erwerbsumfähige: 61 Mitglieder 1158 Wrt. für ebensoviele Tage à 1 Wrt. — Corresponsent: 250,18 Wrt. — Invalidentenunterstüftung: 2 Mitglieder 182 Wrt. — Begräbnisgeld: 1 Mitglied 100 Wrt. — Verwaltung: 288,90 Wrt. — Bewegungstatistik: Mitgliederstand am 31. Dezember 1895: 473, neu eingetreten 98, wieder eingetreten 7, zugereist 15, abgereist 17, ausgetreten 2, ausgeschloffen 4, gestorben 1. Mitgliederstand am 31. März 1896: 569 in 20 Druckorten. Straßburg, 15. Juni 1896.

W. Veichjenring, Zentralkassierer.

Dreispezielles Zeile 25 Wt., Stellen-Angebot, Gesuche und Werbes-Neuzigen bei direkter Zufendung 10 Wt.

**Anzeigen.**

Belegnummern 5 Bl. — Betrag bei Kaufbe zu entrichten. Offerten ist freimärkte zur Weiterbeförderung beizufügen.

**Nachweisbar rentable Buchdruckerei** f. Accidenzgesch., Tagebl. mit vielen Annoncen in südd. Zinbustriestadt, umständeh. zu verkaufen. Offerten sub Nr. 796 befördert die Geschäftsstelle b. Bl.

**Tüchtigen Schriftgießer**

zu sofortigem Eintritte sucht die Buchdruckerei [803]

G. Schuh & Co., München.

**Für Schriftgießereien!**

Tüchtiger, erfahrener junger Mann, technisch und kaufmännisch gebildet, sucht Stellung als Reisender oder für Bureau u. Lager. Off. u. W. M. 30 postl. Leipzig.

**Bezirksverein Halle a. S.**

Sonnabend den 27. Juni, von nachm. 4 Uhr an:

**Johannisfest**

in Haases Bellevue (früher Hofjäger) bestehend in Vokal- u. Instrumentalfkonzert, Kinder-Belustigungen und Ball. — Im Anschlusse hieran findet Sonntag den 28. Juni, vormittags von 9 Uhr an, in demselben Lokale eine vom Kollegen Neßschmann großartig arrangierte **Musik- und Trudfachen-Ausstellung** statt, auf welche hiermit besonders aufmerksam gemacht sei. — Die Kollegen von Halle und Umgegend sind freundlichst hierzu eingeladen. **Der Vorstand.** [804]



Sonntag, den 28. Juni 1896

**Johannis-Feier**

auf dem Obergriesbacher Keller (Bahnhofstation Obergriesbach) der Gesellschaft Typographia Augsburg

und der Mitgliedschaft Augsburg des B. d. D. V. wozu die geehrten Herren Kollegen der umliegenden Druckorte hiermit freundlichst eingeladen werden. [809]

**Bremen-Oldenburg.**

Zu der am 5. Juli d. J. im Oldenburger Schützenhose zu Oldenburg stattfindenden gemeinsamen

**Johannisfeier**

werden die Kollegen des Gauces Nordwest hiermit freundlichst eingeladen. **Das Komitee.**

**Ortsverein München.**

Sonntag, 28. Juni, beginnend nachmittags 3 Uhr, im Etablissement Elysium, Sendling:

**Johannisfest**

mit Konzert, Gesang und Festball. Hierzu sind alle Münchener Kollegen, sowie alle die der umliegenden Druckorte freundlichst eingeladen. [808] Die Kommission.

**Lokalverein Hannover.**

Als Kandidaten zur Delegiertenwahl wurden folgende Mitglieder aufgestellt: Hartwig, Heinrich, Sieber, Ostler, Böhrke, Ludwig, Kanowasky, Eduard, Siemens, Germain. Sämtliche Kandidaten haben sich gegen die Tarifgemeinschaft erklärt. [807]

**An die Mitglieder des Gauces Osterland-Thüringen.**

Zur bevorstehenden Wahl zweier Generalversammlungsdelegierten schlagen wir folgende Kollegen vor: Michaels aus Erfurt, Fiedler aus Jena

und ersuchen die Mitglieder, nur diesen beiden Kollegen ihre Stimmen zu geben. **Der Ortsverein Erfurt.**

Der Paul Alex Fiedler wird um Aufgabe seiner Adresse gebeten von Schriftschißerei von der Senden, Offenbach a. Main.

Offenerbriefe, die von der Geschäftsstelle weiter befordert werden sollen, müssen genügend frankiert und ihnen eine Marke beigelegt sein. Bei Aufgabe kleinerer Zulassenanträge ist der Betrag gleich zu einzufügen.